

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 36

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postfrachtkosten. Nur Postbezug. Bestellungen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Breitestr. 6/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 3. September 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Zeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Veranlassungsanzeigen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Nachtrag zur Beiratswahl. Die wegen Ungültigkeit der ersten Wahl erforderlich gewordenen nachmalige Wahl im 14. Bezirk (Vorort Stuttgart) hat inzwischen stattgefunden und das Ergebnis gezeitigt, daß gewählt sind:

Als Mitglied des Beirats

Kollege Ernst Reichert-Stuttgart.

und als Ersatzmann

Kollege Paul Döbbling-Stuttgart.

2. Lieferung der Frauenzeitung. Dem Beschlusse des Verbandstages entsprechend liefern wir vom 1. September ab die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ allen weiblichen Funktionären unentgeltlich. Die Frauenzeitungen werden allen Gau- und Ortsverwaltungen, die solche für ihre weiblichen Funktionäre bestellen, in der von ihnen angegebenen Anzahl zugesandt. Außerdem erhalten wie bisher alle Gau- und Ortsverwaltungen ein oder einige Exemplare zur eigenen Information.

Die auf Abonnement bestellten Exemplare werden weiter zugesandt, sofern nicht Abbestellung erfolgte. Wir bitten alle Gau- und Ortsverwaltungen, für weitere Verbreitung der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ durch Beibringung von Abonnements nach Kräften bemüht zu sein.

3. Der 1. Nachtrag zum Reichstarif für das Buchbindergewerbe mit dem Lohnabkommen vom 20. August ist allen Gau- und Ortsverwaltungen in einigen Exemplaren zugesandt. Weitere Exemplare sind zum Preise von 3 M. das Stück, einschließlich Porto für Zufendung, von uns zu beziehen. Wir bitten die Gau- und Ortsverwaltungen, für möglichst weitgehenden Vertrieb des Lohnabkommens bemüht zu sein.

4. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen wöchentlich in

	Beitragsstoffe				
	1	2	3	4	5
	St.	St.	St.	St.	St.
Machen	150	200	250	400	400
Altenau	100	100	100	200	200
Lüdenscheid	100	100	100	100	100

5. Reichstarif zur Arbeitslosenversicherung sind von einer Reihe der Zahlstellen noch nicht eingekauft worden. Wir ersuchen dringend um umgehende portofreie Einföndung derselben.

6. Materialverkauf. Allen Gau- und Ortsverwaltungen sind in den letzten Tagen zugesandt worden: Rundschreiben Nr. 60, Tariffragen betreffend. Mitteilungsblatt des Internationalen Buchbinder-Sekretariats Nr. 17.

Protokoll der 2. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, Leipzig, 17. bis 18. Juni 1922.

Singheimer, das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland. Vortrag auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig, 19. bis 24. Juni 1922.

Der Verbandsvorstand.

Unsere Not.

Wir gleiten dem Abgrund zu. Schneller und immer schneller. Keine der vorhandenen Bremsen will mehr wirken; werden nicht neue eingebaut, so ist kein Halten und noch viel weniger eine Kursänderung möglich. Das rasende Gleiten der Mark in die Gefilde des Nichts zeigt deutlicher als alles, daß das Vertrauen in unsere Leistungsfähigkeit geschwunden ist. Denn hier ist nicht die Spekulation maßgebend, sondern die großen und kleinen Besitzer von Markguthaben des Zustandes suchen sich ihrer zu entledigen, indem sie diese entweder auf den Markt werfen oder deutsche Sachgüter dafür einhandeln. Für uns wird es immer schwieriger, ausländische Devisen zu beschaffen, mehr und mehr schwindet die Möglichkeit, Rohstoffe einzukaufen, mehr und mehr wird so die Arbeitsmöglichkeit in der deutschen Republik behindert. Die Folgen sind ganz klar. Ausreichende Löhne kennt die Arbeiterschaft schon längst nicht mehr, doch hatte die zerstörende Marktentwertung wenigstens die eine gute Seite, daß sie die Arbeitslosigkeit bis auf einen verschwindenden Rest beschränkte. Man machte sich aber die Folgen einer Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger unzureichender Entlohnung der Arbeitenden klar. Die Industrie und das Finanzkapital kann auch bei geringer Produktion im großen und ganzen kraft seiner Riesengewinne und trotz einiger unvermeidlicher Krach weiterexistieren. Das Reich, die Republik kann es nicht. Die Laufen der Arbeitslosigkeit fallen auf die Allgemeinheit. Weitere Marktentwertung ist die Folge, größeres Elend, Hunger und Not ziehen hinterher.

Der Dollar ist der Gradmesser der Verelendung des deutschen Volkes geworden. Er ist bereits auf über 2000 gestiegen. Damit ist für die nächste Zukunft die Tendenz aller Preisbewegungen gegeben. Je mehr die Entwertung der deutschen Mark fortschreitet, um so mehr bürgern sich im Geschäftsleben Gepflogenheiten ein, die diesen Verfall unserer Währung noch weiter beschleunigen. Fabrikanten und Großhändler haben schon seit geraumer Zeit alle verfügbaren Gelder in Devisen angelegt, um sich von der Entwertung der Mark zu emancipieren und um die Rohstoffversorgung ihrer Betriebe auf alle Fälle sicherzustellen. Privatwirtschaftlich wird diese Devisenhamsteri ihre Vorteile haben, für die Volkswirtschaft ist sie jedoch von größtem Nachteil. Wir verschlechtern auf diese Weise nicht nur unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland, sondern legen auch ungeheure finanzielle Mittel brach, die dem Wirtschaftsleben bereits an allen Ecken und Enden fehlen.

Der Arbeiter, der heute mehr denn je genötigt ist, von der Hand in den Mund zu leben und kaum für ein paar Tage Vorräte einkaufen kann, ist der katastrophalen Entwertung der Mark am stärksten preisgegeben. Für ihn ist ebenso wie für den Kleinrentner der Dollarkurs das reine Hungerbarometer. Gibt es kein Mittel mehr, um den Kurssturz der Mark aufzuhalten? Wohl wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands gegenwärtig in sehr hohem Maße durch die französische Politik beeinflusst, die nicht zuletzt dazu beigetragen hat, der Mark tödliche Stöße zu versetzen. Wenn wir uns aber aufmerksam bei uns selbst umschauen, so werden wir finden, daß einer energischen Wirtschaftspolitik noch manche lohnende Aufgabe harret, und daß manches Unheil durch rasches Zugreifen verhütet werden kann. Nichts ist im jetzigen Moment verhängnisvoller als eine Politik des

Zauderns und der ängstlichen Rücksichtnahme auf irgendwelche Sonderinteressen.

Es ist daher nicht mehr als begründet, wenn die Gewerkschaften die Auffassung von der Lage und den jetzt notwendigen Maßnahmen der Reichsregierung vorbringen. Es ist undenkbar, daß die Lafutapanik hemmungslos sich auf den Gebieten der inneren Wirtschaft auswirken darf. Die innere Entwertung der Mark ist der äußeren längst nicht gefolgt. So sehr auf die Dauer es unvermeidlich ist, daß die Warenpreise sich dem Weltmarktniveau nähern, so wenig darf zugelassen werden, daß die Lebenshaltung des ganzen Volkes auf ein Niveau gedrückt wird, das von einem gänzlich verlagenden und im Zustand der Panik befindlichen Devisenmarkt her diktiert wird. Die Waren inländischer Herkunft müssen im Preise angehalten werden, mit den Gütern des Volkes muß hausväterisch umgegangen werden. Un denkbar ist es, daß wir uns eine große Zudereinfuhr zur Aufrechterhaltung der Luxusindustrien, wie der Löffelbrennereien, der Konfitürenfabrikation, der Luxusbäckerei leisten können. Wir müssen die geringe Menge Devisen, die bei der allgemeinen Hamsterel überhaupt noch dem Reiche zur Verfügung stehen, zur Einfuhr lebensnotwendiger Nahrungsmittel und industrieller Rohstoffe verwenden, anstatt sie in unnützen oder mindestens entbehrlichen Ausgaben zu vergeuden. An Stelle der drohenden Anarchie, deren einziger Nutznießer die Sachverwalter sein würden, muß eine planmäßige Beeinflussung der Volkswirtschaft im Interesse der Volksgemeinschaft treten. In verhängnisvoller Nähe muß der Devisenmarkt überwacht und vor allem die Heranziehung der Auslandsguthaben der Industrie zu den Baulistungen ermöglicht werden. Die gesamte Volkswirtschaft muß zusammengehalten, um die dem Volke drohenden Gefahren abzuwehren.

Freilich ist bis jetzt bei der Industrie und bei dem Banten kaum eine Regung zu merken, die diese Forderungen unterstützt. Alles sagt den privaten Gewinnern nach, ohne sich um das Gedeihen der Volkswirtschaft, um die Erhaltung der deutschen Arbeitskraft große Sorge zu machen. Das Vorgehen der Bergarbeiter, die zur Steigerung der Produktion ihre Bereitwilligkeit zu Ueberstufen erklärten, steht bis jetzt allein da. Aber es ist notwendig, daß alle Kräfte zusammenwirken. Die Reichsregierung in erster Linie hat die Pflicht, alles aufzubieten, um durch Maßnahmen wie die geforderten und durch eine eigene Währungspolitik den Verfall aufzuhalten.

Niemand vermag die Kollage der Arbeiterschaft mehr zu erkennen als die Leitungen der Gewerkschaften, deren Aufgabe es ist, alles aufzubieten, um dieser Kollage zu steuern. Und wenn in schwierigen Lohnverhandlungen auch — rein ziffernmäßig gesehen — annehmbare Lohnerhöhungen erkämpft wurden, jeder weiß und fühlt es: Sie reichen nicht aus, um den Verteuerungen standzuhalten. Das beste Ergebnis zerfällt an der alles übersteigenden Preismauer aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Auch unsere Lohnverhandlungen waren in ihrem Resultat — wir erkennen es — unzureichend, mußten es sein, wenn zwei Tage nach Abschluß derselben die alles überflutende Preiswelle jede vorherige Kalkulation über den Haufen warf. Da kann es zunächst für die einzelne Gewerkschaft nur einen Weg geben, den zum Unternehmer, um diesen zu neuen ausgleichenden Lohnbewilligungen an den Verhand-

lungstisch zu bringen. Auch unsere Verbandsleitung hat das getan. An beide Unternehmergruppen ist der Antrag gestellt worden, die ab 1. September geltenden Zulagen schon früher in Kraft zu setzen, und für den 1. September neue höhere Zulagen zu geben. Wir erwarten von der Einflucht der Unternehmer, die die Not der Arbeiterschaft ja auch kennen müssen, ein bereitwilliges Eingehen auf diese Forderungen.

Und für die Zwischenzeit eine ernste Mahnung an unsere Kollegenschaft: Haltet Disziplin! Jeder weiß, wie unendlich schwer es ist, jetzt mit dem geringen Lohn eine Woche durchzuhalten. Nicht Entfugung fordern wir, sondern Disziplin halten, um nicht Größeres zu gefährden. Und Wort für Wort unterschreiben wir, was die „Leipziger Volkszeitung“ in einem Artikel „Haltet Disziplin!“ sagt:

„Trotz aller Lohnhöhungen, die in den letzten Wochen durchgesetzt werden konnten, wird die Lage der Arbeiterschaft von Tag zu Tag trostloser. Die Preise für die notwendigen Produkte steigen von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde. Wie Schnee in der Märzsonne schmilzt der Arbeiterschaft der Lohn unter den Händen zusammen. Kaum gelingt es den Hausfrauen, die allernotwendigsten Lebensmittel einzukaufen, an Neuanschaffungen oder an die Einlagerung von Vorräten für die kalte Jahreszeit ist gar nicht zu denken. Die Kaufkraft des Geldes wird von Tag zu Tag geringer. Gewagt jemand, mit seinem Wochenlohn eine bestimmte Menge von Produkten erwerben zu können, so muß er schon nach wenigen Tagen gewahr werden, daß ihm die fortschreitende Preissteigerung einen Strich durch die Rechnung gemacht hat....“

Der Arbeiterschaft hat sich aus diesen Gründen eine große und berechtigte Erregung bemächtigt, die sich in einzelnen Betrieben in Lohnforderungen über die kollektiven Abmachungen hinaus äußern, deren Anerkennung oftmals auch durch Streik zu erzwingen versucht wird. So verständlich solche Sonderaktionen auch sind, bei nächster Betrachtung stellt sich doch heraus, daß mit dieser Taktik der Gesamtheit der Arbeiterschaft nicht geholfen, sehr oft aber großer Schaden verursacht wird.

Das Unternehmertum ist heute mindestens ebenso straff organisiert wie die Arbeiter- und Angestellten-schaft. Daneben ist es im Besitz der ökonomischen Machtmittel. Die Solidarität des Unternehmertums ist hoch ausgebildet, wenn es sich um ein Vorgehen gegen die Arbeiterschaft handelt.

Die Löhne der Arbeiter sind in den meisten Fällen durch Tarife oder sonstige Abmachungen für ganze Industriezweige oder Gruppen geregelt. Setzt sich ein Teil der Arbeiter oder Angestellten über diese Abmachungen hinweg, dann greift in der Regel die Unternehmerorganisation ein und scheidet sich auch nicht, Ausperrungen vorzunehmen, um den Abmachungen Geltung zu verschaffen. Dadurch werden sehr oft die Pläne der verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen durchkreuzt und unmöglich gemacht; die Gewerkschaften müssen sich das Gesetz des Handelns von den Gegnern vorschreiben lassen und können geplante Aktionen nicht unternehmen. Das aber liegt nicht im Interesse der Gesamtarbeiterschaft.

Der Kampf der Arbeiterschaft kann nur erfolgreich geführt werden, wenn er planmäßig, d. h. organisiert geführt wird. Unorganisierte Kämpfe und Einzelaktionen können wohl hier und da für kleine Teile der Arbeiter Erfolge bringen, für die Gesamtheit nützen sie nichts, meist sind sie direkt schädlich. Einzelvorgehen stößt auch nicht die Kampfkraft und den Kampfeswillen der Gesamtheit der Arbeiterklasse, sondern lähmen sie infolge der unausbleiblichen Mißerfolge.

Deshalb kann nicht dringend genug vor Einzel- und Sonderaktionen gewarnt werden. Es gilt die Energie aufzusparen und sie im organisierten, planmäßig und zur rechten Zeit eingeleiteten Gewerkschaftskampfe zum Nutzen der Gesamtheit der Berufskollegen zu verwenden.

Unter Würdigung aller dieser Umstände muß von jedem gewerkschaftlich organisierten verlangt werden, daß er seine Handlungen dem Gesamtwillen seiner Berufskollegen unterordnet und innerhalb seiner Gewerkschaft dafür eintritt, daß planmäßig diejenigen Schritte unternommen werden, die erfolgversprechend und möglich sind.“

Drum haltet Disziplin!

Die Tarifamtsitzung

für die Etuis- und Kartonnagen-Industrie, die aus Anlaß der letzten Lohnverhandlungen stattfinden sollte, ist aus Zeitmangel auf den 8. September vertagt worden.

Neues Lohnabkommen in der Wellpappenindustrie.

Am 22. August haben in Weimar Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und uns stattgefunden, die zu nachstehendem Ergebnis geführt haben:

1. Die Reichstariflöhne für die Wellpappenindustrie werden laut Anlage I erhöht.
2. Altona zahlt die gleichen Zuschläge wie Ortsklasse I.

Wiesefeld, Nürnberg, Ronsdorf und Lucka zahlen die Löhne der Ortsklasse III zuzüglich 5 Proz.

3. Die erste Zulage gilt vom 20. bis 31. August, die zweite Zulage vom 1. September bis 16. September 1922.

Ab 20. bis 31. August 1922 werden gezahlt:

	Ortsklasse:			
	I	II	III	IV
Wkt.	Wkt.	Wkt.	Wkt.	Wkt.
Männliche Arbeiter:				
im Alter von				
14—16 Jahren	2,50	2,30	2,—	1,75
Tariflicher Stundenlohn	13,50	13,—	11,—	10,—
16—18 Jahren	4,50	4,20	3,75	3,50
Tariflicher Stundenlohn	19,50	19,—	16,50	15,50
18—20 Jahren	4,85	4,55	4,35	4,05
Tariflicher Stundenlohn	26,50	26,—	23,—	21,50
20—23 Jahren	7,30	7,05	7,05	5,70
Tariflicher Stundenlohn	36,—	35,50	32,—	29,—
über 23 Jahre	10,—	9,20	8,—	7,40
Tariflicher Stundenlohn	42,—	41,—	37,—	34,—

Arbeiterinnen:				
im Alter von				
14—16 Jahren	2,—	2,15	2,—	2,—
Tariflicher Stundenlohn	11,—	11,—	9,50	9,—
16—18 Jahren	3,90	2,80	2,70	2,25
Tariflicher Stundenlohn	16,75	15,50	13,50	12,25
18—20 Jahren	3,90	3,05	2,75	2,25
Tariflicher Stundenlohn	20,50	19,50	17,—	15,50
über 20 Jahre	5,50	4,60	4,10	3,35
Tariflicher Stundenlohn	25,50	24,50	21,50	19,50

Ab 1. bis 16. September 1922 werden gezahlt:

Männliche Arbeiter:				
im Alter von				
14—16 Jahren	1,—	1,—	1,—	0,50
Tariflicher Stundenlohn	14,50	14,—	12,—	11,—
16—18 Jahren	1,50	1,50	1,25	1,25
Tariflicher Stundenlohn	21,—	20,50	17,75	16,75
18—20 Jahren	2,50	2,50	2,—	2,—
Tariflicher Stundenlohn	29,—	28,50	25,—	23,50
20—23 Jahren	4,—	4,—	3,—	3,—
Tariflicher Stundenlohn	40,—	39,50	35,—	32,—
über 23 Jahre	5,—	5,—	3,—	3,—
Tariflicher Stundenlohn	47,—	46,—	40,—	37,—

Arbeiterinnen:				
im Alter von				
14—16 Jahren	1,—	0,50	0,50	0,50
Tariflicher Stundenlohn	12,—	11,50	10,—	9,50
16—18 Jahren	1,50	2,—	1,50	1,75
Tariflicher Stundenlohn	18,25	17,50	15,—	14,—
18—20 Jahren	2,—	2,—	2,—	2,—
Tariflicher Stundenlohn	22,50	21,50	19,—	17,50
über 20 Jahre	2,50	2,50	2,50	2,50
Tariflicher Stundenlohn	28,—	27,—	24,—	22,—

Gewerkschaften und Politik.

Von Dr. Fr. Pflermann.

Die freien Gewerkschaften sind sämtlich im Gegensatz zu den anderen Arbeitnehmerorganisationen, die nur innerhalb der bürgerlichen Parteien Neutralität üben, dagegen offen die sozialistischen Parteien bekämpfen, ausdrücklich ausgesprochen parteipolitisch neutral. Dieser Grundsatz der parteipolitischen Neutralität ist keine nebensächliche Feststellung, sondern das Ergebnis

einer langen Auseinandersetzung und vielfältiger Erfahrung. Mehr noch als bei der Arbeiterschaft ist bei der Angestelltenchaft die Erkenntnis in den Organisationen grundlegend, daß nur durch strikte Innehaltung der parteipolitischen Neutralität bei der politischen Zerrissenheit auch der Arbeiterschaft das Ziel der Gewerkschaften erreicht werden kann: die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft im Organisationsgebiet der einzelnen Gewerkschaften zu erfassen. Dies drückt sich unmittelbar im Inhalt und Umfang der Programme der einzelnen Gewerkschaften aus. Sie alle enthalten zwar ein mehr oder minder großes Maß einzelner sozial- und wirtschaftspolitischer Forderungen. Aber sie alle schließen ausdrücklich und bewußt alle Forderungen aus, bei denen Fragen der persönlichen Weltanschauung, der parteipolitischen oder religiösen Überzeugung berührt werden könnten. Sie alle halten sich ferner auch frei und unabhängig von parteifaktischen Erwägungen und Einstellungen.

So öffnen die freien Gewerkschaften ihre Arme allen, die unbeschadet ihrer persönlichen, religiösen und parteipolitischen Meinung die Grundsätze der freien Gewerkschaften anerkennen. Die Grundsätze sind einfach, klar und bestimmt. Sie gehen aus von der Erkenntnis der Stellung des Arbeitnehmers im heutigen Wirtschaftsleben und von dem Ergebnis dieser Erkenntnis; dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Sie alle haben zum Ziel die Beseitigung der privatkapitalistischen Ausbeutungswirtschaft und ihren Ersatz durch die Gemeinschaft. Alle Einzelheiten der Programmforderungen der Gewerkschaften lassen sich leicht aus dieser ihrer Grundlage und diesem ihrem gemeinsamen Ziele herleiten. In keinem Punkte weichen sie davon ab, in keinem auch gehen sie darüber hinaus auf Gebiete, bei denen sie mit der Weltanschauung des einzelnen Mitgliedes in Zwist geraten würden. Wer sich zum Grundsatz der freien Gewerkschaften bekennt, kann deshalb unbeschadet seiner persönlichen Auffassung in anderen Dingen der Politik, Religion, Kirche usw., in der Gewerkschaft an der Durchsetzung dieser gemeinsamen Ziele mitarbeiten.

Die parteipolitische Neutralität hat aber auch eine Reihe von Auswirkungen, die durchaus nicht nebensächlicher Art sind. Zunächst ergibt sich für das Einzelmitglied, daß es auch als Mitglied der Gewerkschaft seine Freiheit in parteipolitischen und religiösen Dingen behält und daß es ihm überlassen bleiben muß, welche Forderungen es aus seiner Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft in parteipolitischer Hinsicht zu ziehen gedenkt. Andererseits muß die Gewerkschaft von ihren Mitgliedern verlangen, daß sie auch als einzelne die Bedeutung und den Wert politischer Arbeit erkennen und staatsbürgerlich handeln, indem sie sich zu positiver Mitarbeit im politischen Leben zur Verfügung stellen. Die Gewerkschaft überläßt es aber jedem, diejenige politische Tätigkeit auszuüben, die seiner persönlichen Überzeugung entspricht. Und endlich ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaft von ihren Mitgliedern gefordert, daß es ihnen ernst ist mit der Anerkennung der Ziele und der Forderungen ihrer Gewerkschaft, d. h., daß sie sich in ihrer Partei für die Durchsetzung der Forderungen ihrer Organisation einsetzen und nicht davor zurücktreten, auch an der eigenen Partei Kritik zu üben, wenn deren Verhalten den von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen nicht oder nicht genügend entspricht.

Aber auch für die Gewerkschaft als solche ergibt sich aus dem Grundsatz der parteipolitischen Neutralität nicht nur, daß die Gewerkschaft jede Einmischung in parteipolitische Auseinandersetzungen und jede Verquickung mit parteipolitischen Angelegenheiten vermeidet, sondern auch positiv, daß die Gewerkschaft gegenüber jeder politischen Partei sich die volle Entscheidungs- und Handlungsfreiheit vorbehalten muß. Gerade diese Freiheit von irgendwelchen parteipolitischen Rücksichten setzt sie in den Stand, an alle Parteien heranzutreten, diesen ihre Wünsche und Forderungen vorzulegen und aus deren Verhalten die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Die Gewerkschaft hat nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, auch an dem Verhalten der einzelnen Partei gegenüber ihren Forderungen erforderlichenfalls rücksichtslose Kritik zu üben.

Immer noch begegnet man zuweilen der törichten Verwechslung mit parteipolitischer Passiv-

dität. Man sollte doch meinen, daß es heute niemand mehr geben könnte, der nicht begriffe, daß die Gewerkschaften, wie übrigens jede Interessenvertretung, die sich weiterreichende Ziele steckt, gar nicht darauf verzichten können, politisch aktiv zu sein, politische Arbeit in wachsendem Umfange zu leisten. Schon die eine Tatsache, daß die Arbeitgeberorganisationen der verschiedensten Art, aber auch die Harmonieorganisationen ihrerseits politisch arbeiten und sich bemühen, mit Mitteln der Politik, also der Gesetzgebung und Verwaltung, das von den freien Gewerkschaften bekämpfte kapitalistische System zu stützen, läßt die Unsinntigkeit der Annahme erkennen, daß die Gewerkschaften demgegenüber sich schweigend und duldsam, also gewissermaßen politisch neutral verhalten könnten. Tatsächlich liegt für jeden, der sich auch nur einmal das Programm einer freien Gewerkschaft durchsieht, die Notwendigkeit politischer Betätigung der Gewerkschaft auf der Hand. Zunächst stellt jede Gewerkschaft eine Reihe von sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Forderungen auf. Sie hat Wünsche bezüglich der Ausgestaltung des sozialen Rechts im weitesten Sinne, Wünsche, die nur verwirklicht werden können, wenn es der Gewerkschaft gelingt, die gesetzgebenden Faktoren, also insbesondere die politischen Parteien, hierfür zu gewinnen, jeden ihr möglichen Einfluß auf sie auszuüben und so die Anerkennung dieser Forderungen zu sichern. Jeder Verbandstag einer Organisation bringt Anträge der Mitgliedschaft, die sich auf solche sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen beziehen. Wenn diese Anträge einen Sinn haben sollen, so bedeuten sie doch ohne weiteres eine Verpflichtung der Gewerkschaft, nun auch für ihre Durchsetzung einzutreten. Denn es kann doch wohl nicht im Ernste angenommen werden, daß mit der papiernen Formulierung und der Aufnahme in ein Programm die Vertretung einer solchen Forderung als erledigt betrachtet werden soll! Hingzu kommt, daß der Arbeitnehmer gerade auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik immer deutlicher die Bedeutung dieser auf politischem Gebiet liegenden Fragen für ihr gesamtes Schicksal zum Bewußtsein kommt. Jeder Gewerkschafter weiß, wie sehr die Tarifarbeit der Gewerkschaften von der Gestaltung etwa der Schlichtungsordnung abhängig ist, welche Bedeutung die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Sozialversicherung für jeden einzelnen Arbeitnehmer hat, wie viel aber auch von der Ausführung und Handhabung der Gesetze, die wiederum den politischen Verwaltungskörperschaften übertragen ist, abhängt.

Das Gebiet der sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben ist schon vor dem Kriege unter der obrigkeitstaatlichen Verfassung bearbeitet worden. Schon damals haben die Gewerkschaften durch Eingaben, Aufrufe, Rundgebungen, Bearbeitung der Abgeordneten und ähnliches politischen Einfluß zu nehmen gesucht. Durch die riesenhafte Umwälzung unseres gesamten Wirtschaftslebens und die Notwendigkeit des gemeinsamen Wiederaufbaues der durch den Krieg verwüsteten Volkswirtschaft hat sich freilich das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften außerordentlich erweitert. Viele früher kaum behandelte Fragen, es sei nur erinnert an Außenhandelspolitik und Steuerpolitik, sind heute von den Gewerkschaften mit in ihr Arbeitsgebiet aufgenommen worden.

Aber nicht nur quantitativ ist das Gebiet der politischen Fragen, auf dem sich die Gewerkschaften betätigen müssen, verändert worden, sondern sie nehmen heute auch formal eine völlig veränderte Stellung gegenüber den früheren Zuständen ein. Die Reichsverfassung anerkennt ausdrücklich im Artikel 165 die Organisationen der Arbeitnehmer und die von ihnen getroffenen Vereinbarungen. In der Wirtschaftspolitik, insbesondere im Reichswirtschaftsrat, in den kommenden Bezirkswirtschaftsräten und wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern usw. sind die Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Durchführung der Gesetze bereits zu unmittelbarem politischem Handeln berufen. Bekannt ist auch die Bedeutung der Arbeitsgerichte für die Schaffung und Fortbildung wie für die Anwendung des Arbeitsrechts. Ähnliches gilt für die Organe der Sozialversicherung. So sind die Gewerkschaften heute schon bei den drei Hauptzweigen politischer Tätigkeit, bei der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung in weitgehendem Maße zur Mitarbeit geradezu verpflichtet, und es gibt niemand in der Arbeitnehmerchaft, der

darin denkt, die Gewerkschaft auf das frühere Niveau des außenstehenden Mittstellers wieder herabdrücken zu wollen. Daß endlich die Gewerkschaften in Zeitläuften, bei denen es gilt, unmittelbare gewaltsame Angriffe auf die Grundlage ihrer Entfaltung und Tätigkeit, auf die republikanische Verfassung abzuwehren, zu unmittelbaren Eingriffen geradezu verpflichtet sind, wird niemand bestritten können, der sich vor Augen hält, was die Wiederaufrichtung des früheren Obrigkeitsstaates, die nur mit dem Mittel eines Säbelregiments möglich wäre, für das Schicksal der Gewerkschaften bedeuten würde.

Somit kann nicht bezweifelt werden, daß die Gewerkschaften in wachsendem Umfange und geradezu zwangsläufig dazu übergehen mußten, politische Arbeit zu leisten, zugleich aber auch, daß die früheren Wege hierfür der Bedeutung und dem Aufgabentrange der Gewerkschaften nicht mehr entsprechen. Im Grunde wünscht ja auch der angestrichelte und sorgfältigste Verteidiger des Grundgesetzes der parteipolitischen Neutralität nicht, daß sich die Gewerkschaften wie früher auf die Wege des bloßen Petenten, die Ueberlegung von Bittgesuchen usw. beschränken sollten. Vielmehr verlangt jeder Gewerkschafter von seiner Organisation, daß sie nunmehr auch alles aufbietet, um die von der Mitgliedschaft aufgestellten Forderungen nun auch wirklich zur Durchsetzung zu bringen, und so haben sich denn auch die Gewerkschaften bereits längst den politischen Körperschaften zur Verfügung gestellt und arbeiten ebenso wie die Arbeitgeberorganisationen an der Vorbereitung von Referentenwürfen, als Beiräte bei den Behörden, als Mitglieder der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper der verschiedensten Art mit, um auf diese Weise zur unmittelbaren Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen beizutragen. Insbesondere aber muß die Gewerkschaft auch auf den Werdegang der Gesetze, die Legislative, Einfluß zu gewinnen trachten und sich bemühen, die Rolle des außenstehenden Mittstellers zu ersetzen durch die eines anerkannten mitwirkenden Faktors. Erst wenn ihr dies gelungen ist, kann die Gewerkschaft erklären, daß sie pflichtgemäß in Erfüllung des ihr gewordenen Auftrages alles getan hat, um die Wünsche und Forderungen ihrer Mitglieder nun auch wirklich durchzusetzen.

Dieser politische Einfluß kann aber nur errungen werden, wenn sich die Gewerkschaft mit ihren Forderungen an alle dazu bereiten politischen Faktoren, insbesondere also auch an alle dazu bereiten politischen Parteien wendet und den Versuch macht, diese zum Eingehen einer Verpflichtung zu gewinnen, wonach die Gewerkschaft die Sicherheit erhält, daß die betreffende Organisation oder Partei nun auch bereit ist, für die Forderungen der Gewerkschaft einzutreten. Selbstverständlich aber darf eine solche Vereinbarung die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise beeinträchtigen. Jede organisierte Verquickung von Gewerkschaftspolitik mit Partei politik muß hierbei ausgeschlossen sein. Unerlässlich ist selbstverständlich erst recht ein solches Zusammenarbeiten mit den hierzu bereiten Parteien, wenn es gilt, die Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeit, die Verfassung des Reiches, gegen Versuche ihrer gewaltsamen Beseitigung zu verteidigen. Hier ist es am deutlichsten, daß die Gewerkschaften verpflichtet sind, ihre ganze Macht zu mobilisieren und in den Dienst der Verteidigung der verfassungsmäßigen Grundlagen ihrer Arbeit zu stellen. Zugleich aber ist es ebenso klar, daß die Gewerkschaften nach der Mobilisierung ihrer Kräfte es nun nicht den politischen Parteien überlassen können, nach eigenem Gutdünken die durch die Macht der Gewerkschaften verteidigte Position auszu- oder umzubauen, sondern daß die Parteien, die bereit sind, die Hilfe der Gewerkschaften anzunehmen, diesen auch Einfluß und Mitwirkung bei den auf politischem Gebiet zu treffenden Maßnahmen zugehen müssen. Nichts Heuchlerisches ist denkbar, als wenn dann bei solchen Gelegenheiten ein Gezeier über eine angebliche „gewerkschaftliche Nebenregierung“ erhoben wird, und zwar regelmäßig von einer Presse und aus politischen Kreisen, die von der Gnade oder Ungnade großkapitalistischer Geldgeber in stärkstem Maße abzuhängen pflegen.

Es ist klar, daß die politische Betätigung der Gewerkschaften, das Maß ihres Einflusses, der Umfang und die Art ihrer Aufgaben nichts Festumrissenes sind, sondern daß hier alles erst im Werden ist. Ob

und welche neuen Formen politischer Betätigung sich für die Gewerkschaften ergeben werden, steht noch dahin; sicher ist nur, daß die Gewerkschaften danach streben müssen, immer mehr nicht nur Forderungen an die politischen Parteien zu stellen, sondern selbst auf die Gestaltung der gesetzgeberischen Maßnahmen einzuwirken.

Die Bedeutung der Gewerkschaften im heutigen Sozial- und Wirtschaftsleben, die veränderte Stellung, die ihnen die Verfassung einräumt, nicht zuletzt aber auch die Verantwortung, die sie, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich für die Gestaltung der sozial- und wirtschaftspolitischen Dinge schon heute mittragen, sie alle machen es den Gewerkschaften zur Pflicht, bei aller Wahrung ihrer parteipolitischen Neutralität auf den Ausbau und die Förderung ihres politischen Einflusses hinzuwirken. Ob und welche neuen Wege die freien Gewerkschaften hierbei gehen werden, wird dabei freilich erst sorgfältiger Prüfung und eingehender Aussprache vorbehalten bleiben müssen. Ob das Beispiel der englischen Gewerkschaften, die sich eine eigene Arbeitspartei zuammen mit den Genossenschaften und der politischen unabhängigen Arbeiterpartei geschaffen haben, bei den deutschen politischen Verhältnissen Nachfolge finden könnte, oder ob den verschiedenen politischen Parteien gewerkschaftliche Mindestforderungen und aus den Gewerkschaften entnommene Kandidaten vorzuschlagen wären, oder ob andere gangbare Wege hierbei zu wählen sind, soll an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden. Sicher ist nur, daß die Gewerkschaften hier vor einer außerordentlich schwierigen Frage stehen, die nur auf Grund sorgfältiger Ueberlegung gelöst werden kann. Ebenso sicher ist es aber, daß diese Lösung nur gefunden werden kann, wenn es ihr gelingt, die Wahrung der parteipolitischen Neutralität mit der Sicherung wachsenden politischen Einflusses zu vereinigen.

Der Verlageinband.

II.

Rundmachen. Zwischen dem Kunden mit Hand oder Maschine besteht kein wesentlicher Unterschied. Flache Rücken sollten nie in Anwendung kommen da es unmöglich ist, einen guten Satz an solchen Büchern zu erzielen, und gerade der Satz einer der wichtigsten Teile des Buches ist. Alle Bücher sollten sorgfältig und gleichmäßig gerundet werden. (Vorschrift der A. V. A.).

Abpressen. Auf hohe Bände geheftete Bücher können nur mit der Hand abgepresst werden; sonst ist die Leistung der Abpressmaschine der Handarbeit zum mindesten gleichwertig. Voraussetzung ist, daß die zwischen Bretter gefetzten, fahrierten, mit Kleister abgeriebenen und überlebten Bücher lange genug zum Trocknen in der Presse bleiben.

Beim Verlegereinband wird der Buchblock in fertige Decken eingehängt; Schnüre, Bänder oder Gaze, auf die geheftet worden ist, werden auf die Innenseite der vorher überzogenen, fertigen Decke angeleimt. Beim Handeinband dagegen werden die Deckel „angeseht“ und mit den Schnüren fest verbunden, bevor das Buch mit Leder, Velin u. dgl. überzogen wird. Das Ansehen der Deckel, zumal auf tiefen Falz), ist in jeder Beziehung besser, verzögert und verteuert aber die Fertigstellung noch weit mehr als selbst Handheftung. Der Verleger kann deshalb auf eingehängte Halblederbände nicht verzichten, besser jedoch, er würde an Stelle der eingehängten Ganzlederbände Halbfranzbände mit angelehnten Deckeln liefern und die Bezeichnung Halbfranzbände vermeiden, wenn es sich um eingehängte Halblederbände handelt. Leipziger Großbuchbindereien stellen sie in ihren Handabteilungen so gut her wie jeder Handwerker. Aus sozialen Gründen wäre es zu wünschen, daß jeder Verlag einen oder mehrere handwerkliche Betriebe mit solchen Aufträgen dauernd beschäftigten würde.

* Um den nötigen Falz zu bekommen, muß der Faden so stark auftragen, daß der Buchrücken um ein Drittel, zuweilen sogar um zwei Drittel stärker wird; der Verleger nehme deshalb niemals zu starkes Papier; wenn er es durchaus nehmen muß, lasse er es in der Weise bedrucken, daß der Buchbinder Bogen zu acht Seiten zu heften hat. Dadurch wird auch vermieden, daß beim Ausschlagen die ersten und letzten, nur durch den Leimgrat zusammengehaltenen Blätter dieser starken Bogen auseinandergerissen werden und nun die Bogen um eine ganze Lagenstärke auseinanderklaffen; ein Anblick, der bei den teuren Büttenaufgaben der Verleger nicht selten ist.

Einhängen. Einhängen und Anpassen des Buches in die fertigen Decken wird von Maschinen vorgenommen, die nicht schlechter arbeiten, als die Hand es könnte.

Deckenfabrikation. Die mit der Deckenmachmaschine hergestellten Decken der Leinen- und Pappbände werden den mit der Hand hergestellten vorgezogen, namentlich dann, wenn der Aufdruck genaue Anlage fordert; auch trägt die Maschine den Leim so mager und gleichmäßig auf, wie es die Hand kaum könnte.

Die Decken der Halb- und Ganzleiderbände werden auch in Großbetrieben mit der Hand hergestellt, da die immer ungleiche Struktur des Leders Falten bildet, die von der Hand ausgestrichen werden können. Die Maschine würde sie zur Quetschfalte niederpressen.

Man verstärkte bei diesen Bänden die Verbindung von Block und Decke durch Kalksulfat, der mit dem ersten und letzten Bogen mitgehört und mit dem Vorkapppapier auf der Innenseite des Deckels angeklebt wird. Man achte auch darauf, daß vom Deckenmacher ein annähernd bedecktes Leberkapital (Häutchen) gebildet werde.

Das Schärfen des Leders wird von der Maschine nicht schlechter besorgt als von der Hand.

Schnitt. Farbiger Schnitt und Goldschnitt werden überall mit der Hand angebracht.

Vergoldung. Plattenvergoldung (mit der man Leinen und Papier verschone!) ist nicht unfolider als Handvergoldung. Während der Stempel des Handvergolders bei der höchsten zulässigen Wärme vom Feuer genommen und erst wieder von neuem erhitzt wird, wenn er bis an den niedrigsten noch zulässigen Grad abgekühlt ist, kann die Platte beständig in der materialgerechten Temperatur erhalten bleiben.

Das technische Ideal der Handvergoldung wäre es also, die Gleichmäßigkeit der Plattenvergoldung zu erreichen. Wer wollte indes leugnen, daß die zwar nicht beabsichtigte, gleichwohl unvermeidliche Verschiedenheit der einzelnen Stempeldrucke einen Reiz haben, den Plattenvergoldung nie haben kann? Auch ist rhythmische Gliederung des Ornamentes bei Verwendung von Filzen, Rollen und kleinen Stempeln häufiger zu sehen als bei Platten, die nach einer auf gelblichem Papier gezeichneten Vorlage graviert oder geätzt worden sind. Der erfahrene Künstler kann jedoch seine künstlerischen Absichten auch in der Plattenvergoldung verwirklichen.

Es ergibt sich also, daß der Großbetrieb in jedem Arbeitsgang zu einer Qualitätssteigerung befähigt wäre, die billigen Ansprüchen voll auf genügen könnte. Warum aber zeigt der übliche Verlegerverband so wenig von diesem idealen Möglichkeiten? Weil die Auftraggeber zu schnell und zu billig (also schlecht) bedient sein wollen und schon beim Druck Wünsche des Buchbinders zu wenig beachten.

Seht und drängt der Verleger (und welcher Verleger heßt nicht?), dann wird der Betrieb neuerdings; die Decken werden gemacht, bevor das Material vom Drucker eintrifft. Doch nun stellt sich heraus, daß den „außerordentlichen“ Angaben des Verlegers oder Druckers keine, für die Qualität des Einbandes verhängnisvolle Irrtümer unterlaufen sind. (Und wie oft müssen die Deckel zu groß und die Rücken zu breit gemacht werden, damit namentlich bei mehrbändigen Werken die vom Verleger gelieferten Platten verwen-

det werden können!) Der in aller Eile fertiggestellte Einband wird verschickt, bevor er austrocknen konnte. Schon auf der ersten Reise verliert er seine Form; der Rücken wird flach, die Deckel werfen sich; die ersten und letzten Bogen werden von der Feuchtigkeit des Vorkappes wellig.

Wenn der Verleger den Preis beanstandet, so muß der Buchbinder von vornherein auf hundert gute Dinge, welche die Qualität des exakten Verlegerverbandes ausmachen, verzichten und wird schließlich bei allzu arger Preisdrückerei schlechte Ersatzstoffe, geringen Fäden, minderwertige Gaze usw. verwenden.

Alle Opfer an Zeit und Geld sind vergebens, wenn der Verleger nicht schon bei der Drucklegung an den Einband gedacht hat. Ist das Papier zu hart oder zu kappig, so kann auch die geschickteste Hand keinen guten Einband machen. Wenn es nicht so bedrückt ist, daß man nach dem Strich falzen kann, wenn also der Strich (die Richtung der Papierbahn) nicht mit dem Rücken gleichläuft, sondern mit der Seitenrichtung, wird das Buch wellig. Der Einband kann nicht solid werden, wenn das Buch mit einem Viertelbogen und einzelnen aneinanderhängenden Blättern beginnt oder aufhört. Der erste Bogen und der letzte haben ja die ganze Selbstkraft des Deckels auszuhalten. Doch genug davon; es wird jeder Großbuchbinder seiner Kundenschaft noch manche andere in langer schmerzlicher Betriebsführung angesehene Wünsche mitzuteilen haben.

Der seiner Verantwortung bewußte Verleger steht vor der zweiseitigen Aufgabe: in vertrauensvoller Zusammenarbeit in im maschinellen Betrieb gegebenen Möglichkeiten ganz anders auszunutzen als bisher und zugleich durch Erteilung von Aufträgen dem Handwerk zu helfen. (Hier fehlt es an einer Auftragsvermittlung durch Hälften und Verlegervereinigungen.) Der Großbetrieb könnte schon heute Einbände liefern, die an Qualität dem exakten Handeinband näher ständen als der durchschnittlichen Leistung von heute. Möge dann auch der Sortimentshändler das kaufende Publikum dazu erziehen, daß es die Qualitätsunterschiede beachte und für die bessere Arbeit den höheren Preis anlegt!

Schafft Jugendheime.

Mit der steigenden wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes geht Hand in Hand eine gesteigerte geistige Not der Arbeiterkinder und vornehmlich der proletarischen Jugend. Mit der sich sprunghaft entwickelnden Leuerung sinkt die Kaufkraft des Lohnes. Dieser wird fast ausschließlich von den Lebensnotwendigkeiten aufgezehrt, so daß es dem Arbeiter immer schwerer wird, seine bescheidensten Kulturbedürfnisse zu befriedigen.

Das Halten von Zeitungen und Zeitschriften wird für das Arbeiterheim immer unerlässlich. Dazu gestellt sich noch die Unfreundlichkeit des Arbeiterheims selbst. Die Wohnungsnot wächst sich immer mehr zu einem geradezu kata-

*) Man sollte deshalb auch von jeder Ausgabe auf Wunsch ungekennzeichnete Exemplare in losen gefalteten Bogen abgeben!

strophalen Rückschlag auf kulturellem Gebiete für die proletarische Bevölkerung aus. Man kann nicht mit Andacht ein Buch lesen, wenn im gleichen Zimmer sich noch drei oder vier andere Menschen störend aufhalten oder gar Kinder ihr Dasein laut schreiend der Welt verkünden.

Die Not, die alle zwingt, hauptsächlich im Winter mit Licht und Kohle zu sparen, zwingt erst recht alle Familienmitglieder in einen Raum zusammen. Es ist meistens die Küche, in der dann noch gewaschen, genäht oder sonstige Hausarbeit verrichtet wird. Daß dadurch jede eigene geistige Betätigung der Familienangehörigen brachgelegt wird, ist ganz selbstverständlich.

Viele für die Menschheit notwendige Kulturarbeit kann dadurch nicht gefördert werden. Hier einen Ausweg zu suchen, muß Aufgabe der Arbeiterschaft sein. Er kann gefunden werden durch gemeinsames Wollen und gemeinsames Handeln. Als erstes Ziel ist die Schaffung von Jugendheimen für die proletarische Jugend anzustreben. Wenn es auch schwer sein dürfte, geeignete Räume zu beschaffen, so gibt es aber auch hier noch Auswege. In Großstädten, in denen ja die Wohnungsmisere am drückendsten ist, bestehen z. B. überall Arbeitsnachweise mit eigenen Räumen. Diese werden nur in den Tagesstunden in Anspruch genommen und könnten sehr wohl, nachdem sie etwas freundlich ausgestattet sind, des Abends als Jugendheime benutzt werden. Auch wäre noch manches Sitzungszimmer der Gewerkschaften wenigstens am Sonnabend und Sonntag für Jugendveranstaltungen nutzbar zu machen. Bieten wir der Jugend Gelegenheit, sich fortzubilden und schaffen wir Heime, in denen sich die Jugend wohl fühlt, dann entziehen wir sie damit am besten den schädlichen Einwirkungen der Straße und des Kinos.

Ausgehend von dem vorbildlichen Beispiel der proletarischen Kinderfreunde Oesterreichs ist die Generalsammlung der Berliner Zahlstelle dem Beschluß der Gewerkschaftskommission einmütig beigetreten und erhebt fortan für die Schaffung von Jugendheimen sowie für die weitere Jugendarbeit einen Kulturbeitrag von monatlich 1 Mk. für Männer und 50 Pf. für Frauen. Hoffentlich findet dieser Beschluß überall gute Aufnahme und freundliche Nachahmung.

Opfertwilligkeit.

Wer den Artikel des Kollegen H. in Nr. 32 der „Buchbinder-Zeitung“ liest, findet dort schöne Worte über Pflichten und Opfertwilligkeit der Verbandsmitglieder. Und als Fernstehender könnte man die Opposition gegen die Erhebung der vier Extrabeiträge für die Streikwachen wohl verurteilen. Doch wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Jede Sache hat zwei Seiten. Da muß man die Berliner Streikwachen mit erlebt haben mit ihren Opfern seitens der Mitglieder und noch mehr der Betriebsräte und Funktionäre an Geld und Zeit. Die Streikbewegung führte als Hauptgrund die Beibehaltung der 48-Stunden-Woche. Und Mitglieder sowohl als auch Kollege Hausfrauen waren einstimmig darin, daß die 48-Stunden-Woche kein Verhandlungsobjekt sei. Meine dahin-

Alkohol und Alkoholismus.

Von Dr. G. Wolff.

I. Die alkoholischen Getränke.

Mancherlei ist in den letzten Jahren von Begnern und Freunden des Alkohols geschrieben worden, manches Unwahre und Uebertriebene, aber auch vieles Richtige, das die große Bedeutung der Alkoholfrage in wirtschaftlicher, sozialer und hygienischer Beziehung ins rechte Licht zu stellen sucht. Dürfen wir auf der einen Seite die außerordentliche Wichtigkeit der Alkoholgenussung in volkswirtschaftlicher Hinsicht nicht in Frage ziehen, hängen doch zahlreiche Gewerbe und Gewerbetreibende, große Arbeiterreihen von der Existenz der Gärungsbetriebe ab, so unterliegt es auf der andern Seite keinem Zweifel, daß die Mißbräuche, die mit dem Alkoholgenuss vielerorts verknüpft sind, der Volksgesundheit empfindlichen Schaden zu bringen vermögen. Darüber kann natürlich nur der Arzt ein Urteil haben, der die Folgen des Alkoholmissbrauches belohnen täglich zu sehen bekommt. Zahlreiche Herz- und Leberleiden, viele Störungen unseres edelsten Organs, des Gehirns, sind auf das Schuldkonto des Alkohols zu schreiben. Hinzu kommt ferner, daß der Alkoholmissbrauch nicht nur den Missetäter selbst empfindlich in seiner Gesundheit zu stören vermag, sondern oft genug auch seinen Kindern noch schweren Schaden bringt. Die Nachkommen chronischer Säufer pflügen sehr oft minderwertig zu sein; sei es, daß sie der großen Gruppe der Epileptiker angehören, sei es, daß sie andere Zeichen von Gehirnstörungen aufweisen. Natürlich bezieht sich das nur auf den

Alkoholmissbrauch, der aber leider in manchen Kreisen, durchaus nicht nur in denen der arbeitenden Klassen — es sei nur an die Studentensuffiten erinnert — zeitweise einen solchen Umfang angenommen hat, daß wir uns nicht wundern dürfen, eine große Reihe von sanitätlichen Alkoholgegnern unter den besten Männern unserer Zeit zu finden.

In Kürze einiges über das Wesen der alkoholischen Getränke. Wenn wir kurzweg vom Alkohol sprechen, meinen wir damit stets einen ganz bestimmten chemischen Körper, der neben andern Stoffen als ein Endprodukt der alkoholischen Gärung entsteht.

Was ist nun eigentlich die alkoholische Gärung? Es ist bekannt genug, daß zahlreiche verschiedene Rohmaterialien benutzt werden, um alkoholhaltige Getränke zu bereiten. Die Kartoffeln dienen zur Herstellung des gewöhnlichen Spiritus, der zu technischen und zu Genusszwecken in mannigfacher Weise Verwendung findet. Das Getreide (Koggen, Gerste, Mais) ist ein wichtiges Rohmaterial zur Gewinnung alkoholischer Getränke verschiedenster Schattierung. Der echte „Korn“ brüht schon in seinem Namen seine Herkunft aus. Vor allem aber ist unser Bier, das in unüberschaubaren Quantitäten von allen Kreisen der Bevölkerung konsumiert wird, ein solches Produkt, das aus der feimenden Gerste auf dem Wege der alkoholischen Gärung gewonnen wird. Wir wollen gleich bei dieser Gelegenheit betonen, daß wohl von allen alkoholischen Getränken das Bier am beständigsten ist. Einmal ist sein Alkoholgehalt verhältnismäßig gering, schwankt zwischen 2 und 5 Proz., zweitens enthält es auch sonst noch allerlei Stoffe,

die als Nahrungsmittel eine gewisse Bedeutung haben. Im Gegensatz dazu ist der Schnaps, der eigentliche Branntwein, ein viel schädlicheres Produkt, weil er dabei viel mehr Alkohol enthält, oft sogar noch mit andern giftigen Produkten (Zusatz) vermischt ist und viel intensiver seine schädigende Wirkung auf den menschlichen Organismus zur Geltung bringt. Ein anderes Produkt der alkoholischen Gärung ist der Wein, wohl das älteste aller alkoholischen Getränke, von den Griechen des klassischen Altertums ebenso gefeiert wie von den Römern der Neuzeit. Wein ist gegorener Traubensaft, der als gärfähiges Rohmaterial Zucker in reichlicher Menge enthält. Wie aus dem Saft der Reben, hat man auch aus verschiedenen Obstsorten, die alle mehr oder weniger reich an Zucker sind, ähnliche Produkte, die sogenannten Obstweine, hergestellt. Daß sie an Qualität dem echten Wein nicht gleichkommen, weiß wohl fast jeder aus eigener Erfahrung. Auch ein so unschuldiges Rohmaterial wie die Milch hat zur Bereitung alkoholischer Getränke dienen müssen. Der Kefir und Kumys, alkoholische Milchprodukte, die seit Jahrhunderten bei den sibirischen und kaukasischen Völkern im Gebrauch sind, der bulgarische Joghurt, der auch in den Kulturstaaten Europas viele Freunde gefunden hat, sind derartige Getränke. Sie enthalten außer den Nahrungstoffen der Milch eine geringe Menge Alkohol und haben daher einen doppelten Wert als Nahrung- und Genussmittel.

Damit sind die alkoholischen Getränke noch längst nicht erschöpft; nur die wichtigsten und bekanntesten haben wir genannt. Auch die wilden Völkernationen

lautende Resolution fand einstimmige Annahme. Durch das Verhalten der Provinzvertreter wurde der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums, der die 48-Stunden-Woche brachte, angenommen. Die schönen Worte waren Schall und Rauch. Um das Maß voll zu machen, wurde der Schiedspruch unterdrückt und damit die gesamte Mitgliedschaft in der tags darauf stattfindenden Versammlung vor vollendete Tatsachen gestellt. Schon vorher hatten die Mitglieder Opfer bringen müssen durch ihr Verzichtsteilen auf die Sozialzuschläge, trotzdem auch dieser Verzicht eine vollendete Tatsache war. Am Schluß des Streiks gab man uns schnell ein paar Beruhigungstropfen in Form der 60 bzw. 30 Mt. Mietsbeihilfe. Diese Gabe entsprang nicht aus der Anerkennung der Rechte der Mitglieder, sondern aus der Angst vor den stürmischen Protesten der Mitgliedschaft über diese Vergewaltigung durch die Unterzeichnung des Schiedspruchs. Dieser Protest ist trotzdem erfolgt und kein Reimwollen der Provinzvertreter half. Trotzdem formell Vorstand und Tarifausschuß mit der Unterzeichnung im Recht waren, war alles dies doch eine Verletzung der Rechte der Mitglieder, indem sie zu wiederholten Malen übergangen und stets vor bereits vollzogene Tatsachen gestellt wurden, mit denen sich jeder gute und ehrliche Gewerkschafter nicht abfinden kann. Und nun, nachdem man so verfahren und dann mit der einen Hand kaum etwas gegeben hat, kommt nach kaum einer Arbeitswoche der Vorstand und hält die Hand auf, um noch mehr zu nehmen. Jedes Ding hat zwei Seiten! Versteht ihr nun die Entrüstung selbst alter, jahrelanger Verbandsmitglieder und Funktionäre? Wer systematisch die Rechte der Mitglieder mit Füßen tritt, soll nicht über mangelnde Opferwilligkeit jammern. Große Opfer sind gebracht, es soll uns niemand mangelnde Einsicht vorwerfen. Aber wir haben auch Rechte und sind keine bleichen Stimmenjähler. Vertrauen gegen Vertrauen. Wir sind bereit, Opfer zu bringen für eine offene, klare und zielbewußte Verbandspolitik und Leitung. Wir haben Opfer gebracht und bringen willig neue! Ein offener Mund mag offen Herz und Ohren finden. Frei sei die Rede, frei der Mann!

Albert Fischer, Berlin.

Ein schwarzes Blatt.

Unter dieser Ueberschrift erhebt Kollege R. H. V. in Nr. 33 der „Buchbinder-Zeitung“ schwere Vorwürfe gegen uns Provinzkollegen, daß ich nicht umhin kann, ihm einiges auf seine Ausführungen zu erwidern. Es handelt sich hier um unsere Stellungnahme im Kampfe der Tarifstädte um die Erhaltung der 48-Stunden-Woche, und zwar verliert der Kollege den Verlust derselben auf unser Konto zu setzen, indem er behauptet, wir Provinzkollegen hätten für diesen ideellen Kampf weder das nötige Interesse gehabt, noch seien wir — aus egoistischen Gründen — bereit gewesen, diesen Kampf materiell zu unterstützen, so daß derselbe vorzeitig abgebrochen werden mußte. Welches ist nicht richtig; ich werde mit folgendem versuchen, dem Kollegen den Verlauf des Kampfes so vor Augen zu führen, wie er sich uns Provinzkollegen gezeigt hat.

Als unser Vertreter unerrichteter Sache aus Würzburg nach hier zurückkehrte, waren wir uns

wohl des Ernstes der Stunde bewußt. Wir durchschauten sofort, daß die Unternehmer diesen Kampf gewollt hätten, und bereiteten uns auf einen Abwehrkampf vor. Bei den Tarifstädten setzte dieser Kampf ein, er sprang auch bald auf mehrere kleinere Orte über, so daß in ganz kurzer Zeit eine sehr große Anzahl unserer Mitglieder an diesem Kampfe beteiligt waren. Wer nun aber einigermaßen mit den Verhältnissen innerhalb unserer Organisation Bescheid weiß, der wußte auch, daß ein solcher Kampf nicht von langer Dauer sein konnte. Zum Glück erhob unser Verbandsvorstand beizeiten zur Stärkung unserer Kasse einen vorläufigen Extrabeitrag in Höhe eines Wochenbeitrages. Leider konnte diese Maßnahme durch den Berliner Buchdruckerstreik, der die ganze Gewerkschaftspressen stilllegte, unseren Mitgliedern nicht so übermitteln werden, wie es wohl im Interesse des ganzen Kampfes nötig gewesen wäre. Es ist doch leider Tatsache, daß wir in unseren Reihen einen großen Teil solcher Mitglieder haben, welche weder die Verhältnisse befragen noch einen Blick in die „Buchbinder-Zeitung“ werfen. Mit welchen Schwierigkeiten wir Funktionäre zu kämpfen hatten, um diesen Leuten die Notwendigkeit der Zahlung dieser Extrabeiträge plausibel zu machen, brauche ich nicht erst näher zu dokumentieren, da Kollege Wehr-Buchum dieses ja schon in seinem Artikel „Wehr Disziplin“ ausführlich getan hat. So lagen die Dinge vor Fällung des Schiedspruches des Reichsarbeitsministeriums.

Nun richte ich aber an euch, Kollegen und Kolleginnen der Tarifstädte, eine Frage: Habt ihr wirklich geglaubt, daß ihr jemals diesen ideellen Kampf zu einem siegreichen Ende führen könntet? Denkt an den wochenlangen heroischen Kampf der süddeutschen Metallarbeiter, welche dasselbe Ziel vor Augen hatten. Auch euch hätte es genau so gehen können, und alle unsere Opfer wären vergebens gewesen! Glaubt nicht, daß wir aus egoistischen Gründen den Abbruch des Kampfes gefordert haben. Nein, wenn es gilt, Kämpfe zu führen, die wenigstens in etwas Aussicht auf Erfolg haben, so werdet ihr stets auch uns Provinzkollegen an eurer Seite finden. Also nicht durch uns habt ihr den 48-Stunden-Woche verloren. Euer Kampf litt unter der Unkenntnis der Verhältnisse. Auch rächte es sich in diesem Falle, daß nicht schon lange vor dem Verbandstag unsere Beiträge wenigstens auf einen Stundenlohn erhöht worden wären. Dieser Kampf wird unsern maßgebenden Körperschaften die Lehre geben, die Beiträge der heutigen Geldwertwertung anzupassen, damit wir bei den kommenden Kämpfen gerüstet dem Unternehmertum gegenüberstehen. **Wag Stempel, Dortmund.**

Internationales.

Die 5. Internationale Konferenz der Buchbinderverbände ist für Montag, den 11. September und die folgenden Tage nach Leipzig einberufen. Auf der Tagesordnung befinden sich außer dem Bericht des Sekretärs die Statutenänderung und zahlreiche Anträge auf Verbesserung des Gegenseitigkeitsverhältnisses. Die Konferenz wird sich auch mit

wirtschaftlichen Fragen befassen. Ein Antrag des holländischen Verbandes verlangt z. B., daß für Buchbinderarbeiten, die für ein Land mit hoher Valuta in einem Lande mit niedriger Valuta gefertigt werden, die Höhe des Lohnes nach der Valuta jenes Landes, für welches die Arbeiten angefertigt werden, festgesetzt werden soll.

Als Teilnehmer zur Konferenz haben sich 13 Organisationen mit 23 Delegierten angemeldet.

Am 8. und 9. September findet — gleichfalls in Leipzig — eine Sitzung der Internationalen Kommission statt.

Berichte.

Bremen. Ohne Bedauern haben die Verbandsmitglieder in Bremen die Reichstarifverhandlungen scheitern sehen, weil der Reichstarif die Teuerungsverhältnisse Bremens nicht berücksichtigt hat. Als die Kollegenschaft nun verfuhrte, örtlich die Lohnverhältnisse zu regeln, lehnten die Unternehmer darauf gerichtete Verhandlungen ab und verwiesen uns an die Zentralinstanzen. Die Kollegenschaft hatte natürlich keine Lust, sich zur Bekämpfung der 48-stündigen Arbeitswoche gebrauchen zu lassen und legte einmütig die Arbeit nieder. Während des achtstägigen Streiks war der Reichstarif erneuert worden und so waren die Mitglieder gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Schweren Herzens, denn der Reichstarif läßt nach wie vor in der Ortslohneneinteilung die Berücksichtigung der Wirklichkeit vermissen. Man erwartet nun aber in Bremen auf das Bestimmteste, daß bei kommenden Lohnverhandlungen das Versäumte nachgeholt wird, damit die Buchbinderarbeiterschaft in die Lage versetzt wird, einigermaßen die Teuerung zu bestehen.

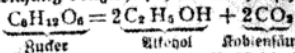
Grimma i. S. In der am 21. August stattgefundenen Versammlung aller in der Cuius- und Kartonnagenindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen wurde Stellung zum neuen Lohnabkommen genommen. Nach Bekanntgabe desselben durch den Vorsitzenden setzte eine rege Debatte darüber ein.

Die stark besuchte Mitgliederversammlung erkannte die Tätigkeit des Tarifausschusses an. Sie kann es aber nicht verstehen, daß die Unterschiede in der Entlohnung der Fach- und Hilfsarbeiter so enorm sind. Während bei früheren Lohnabkommen sich die Differenz zwischen 2 und 3 Mt. bewegte, ist dieselbe beim letzten Tarifabschluß auf ca. 5 Mt. hinaufgeschraubt worden. Bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen dürfen solche Unterschiede in der Entlohnung nicht vorkommen, denn die Kosten des Lebensunterhaltes sind für beide Kategorien die gleichen. Aus dem Verbandstage in Kassel ist vom 22. und vom Tarifsekretär versprochen worden, die unterschiedliche Entlohnung auf ein Mindestmaß zurückzubringen. Das letzte Lohnabkommen zeigt das Gegenteil.

Ferner erhebt die Versammlung schärfsten Protest dagegen, daß sich Grimma immer noch in Ortsklasse 4 befindet, nachdem wiederholt darauf hingewiesen worden ist, daß Grimma als Vorort von

fast aller Erdteile haben es verstanden, Alkohol in irgendeiner Form zu bereiten, wenn freilich auch nicht in so raffinierter Weise wie die Kulturstaaten des europäischen Kontinents. Wenn es also seit Menschengedenken möglich gewesen ist, aus den verschiedensten Rohmaterialien — freilich sind manche alkoholischen Produkte, wie etwa der Brantwein, auch erst jüngeren Ursprungs — Alkohol zu bereiten, so muß seiner Gewinnung überall ein gleiches Prinzip zu Grunde liegen. Das ist tatsächlich auch der Fall. Nur Stoffe, die Zucker enthalten oder aus ihren Zwischenprodukten entstehen lassen können, sind der Alkoholgärung zugänglich. Darüber haben uns erst die eingehenden chemischen Forschungen der Neuzeit aufgeklärt.

Der Zucker, und zwar nicht der gewöhnliche Rohr- oder Rübenzucker, den wir zum Süßen benutzen, sondern ein Spaltprodukt desselben, der sogenannte Traubenzucker, zerfällt unter dem Einfluß bestimmter Mikroorganismen, der Hefepilze, in Alkohol und Kohlenäure. Wir wollen uns ausnahmsweise einmal, um diesen Vorgang zu veranschaulichen, der Formelsprache der Chemiker bedienen. Nach folgender Gleichung vollzieht sich die alkoholische Gärung:



C ist die Abkürzung für Kohlenstoff, H die Abkürzung für Wasserstoff, O für Sauerstoff. Die Formel $C_6H_{12}O_6$ sagt aus, daß der Traubenzucker aus 6 Atomen Kohlenstoff, 12 Atomen Wasserstoff und 6 Atomen Sauerstoff besteht. Bei der Gärung zerfällt der Traubenzucker, der eine bestimmte chemische

Verbindung darstellt, in zwei neue chemische Körper, den Alkohol C_2H_5OH und die Kohlenäure CO_2 , deren Elementarzusammensetzung die Formeln, die ohne Schwierigkeiten zu verstehen sind, wiedergeben. Prüfen wir die beiden Seiten der Gleichung nach, so werden wir finden, daß jede die gleiche Zahl von Kohlenstoff-, Wasserstoff- und Sauerstoffatomen enthält. Das eine Zuckermolekül besteht von ihnen so viel wie die Zerfallsprodukte Alkohol und Kohlenäure zusammen, von denen je 2 Moleküle bei der Gärung entstanden sind.

Damit die alkoholische Gärung zustande kommen kann, muß also stets ein zuckerhaltiges Rohmaterial vorhanden sein. Ein Rohprodukt, das schon im Naturzustand Traubenzucker enthält, ist der Rebenzucker. Er bedarf infolgedessen keiner besonderen Bearbeitung mehr, sondern braucht nur durch die Hefepilze, die wild an den Weintrauben wachsen oder auch künstlich dem Most, dem ausgepreßten Rebenzucker, zugefügt werden, vergoren zu werden. Ganz anders ist es mit den anderen Rohstoffen, dem Getreide, den Kartoffeln und ähnlichen Materialien, die der Alkoholgärung dienen. Sie enthalten keinen Zucker, wohl aber Stoffe, die durch besondere Bearbeitung in Zucker umgewandelt werden können. Das ist vor allem Stärke, die den Hauptbestandteil des Getreides und der Kartoffel bildet. Die Stärke gehört zur großen Gruppe der Kohlehydrate, der als einfachere Gebilde auch die zahlreichen Zuckersäfte zugehört werden. Die Stärke ist ein kompliziert zusammengefügtes Kohlehydrat, so kompliziert, daß man seine genaue chemische Zusammensetzung trotz eifrigen Forschens bisher noch nicht hat ergründen

können. Wohl aber weiß man, daß die Stärke durch besondere chemische Prozeduren, etwa durch Kochen mit verdünnten Säuren oder auch unter dem Einfluß bestimmter Fermente in einfachere Stoffe zerlegt werden kann. In der Praxis der Alkoholgewinnung bedient man sich zur Aufspaltung der Stärke immer solcher Fermente, die aus der Natur in reicher Menge zur Verfügung stellt. Wählt man Gerste ein paar Tage keimen, so bildet sich in den Körnern ein solches Ferment, die sogenannte Diastase, die die Stärke der Gerstenkörner aufspaltet. Auf diese Weise wird aus der Gerste Malz, das grobenteils aus Malzzucker, einer dem Rohr- und Rübenzucker verwandten Zuckerart, besteht und nun durch Zusatz der Hefe vergoren werden kann. Das ist in großen Zügen das Prinzip der Biergewinnung aus der keimenden Gerste, dem Malz, dem noch zur Würzung und Konserlierung Hopfen zugefügt wird.

Stärkehaltende Fermente finden sich auch sonst noch zahlreich in der organischen Natur. Alle Tiere, die vegetabilische Nahrung genießen, also auch der Mensch, besitzen in ihren Verdauungsorganen solche Fermente, die zur Aufspaltung der stärkehaltigen Nahrung dienen.

Die Malzdiastase wird auch in anderen Zweigen des Gärungsgewerbes benutzt. Die Vergärung der Stärke, des wichtigsten Materials der Spiritusproduktion, erfolgt gleichfalls durch Zusatz von Malz. Nachdem die Kartoffeln in besonderen Vorrichtungen in einen gleichmäßigen Brei verwandelt sind, werden sie mit Malz verfeßt; dadurch wird die Kartoffelstärke gespalten und in gärfähigen Malzzucker, der aus zwei

Leipzig längst in die 2. Ortsklasse gehörte. Die Entlohnung der Mitglieder anderer Organisationen geschieht längst nach Ortsklasse 3 bzw. 2.

Weiter wurde noch Beschwerde erhoben, daß die Lohnabkommen zu langfristig abgeschlossen wurden, so daß wir anderen Organisationen in der Entlohnung um bedeutendes nachstehen. Der W. und Tarifausschuß wurden aufgefordert, Lohnabkommen nicht langfristig abzuschließen, um das Verfallrecht baldigst nachzuholen. Da das neue Lohnabkommen infolge der enormen Leuerung bereits überholt ist, wird ein neues Abkommen unverzüglich verlangt.

Leipzig. Am 17. August fand hier eine gut besuchte Versammlung der Kartonnagen- und Etuisbranche statt. Zunächst berichtete der Obmann über die letzte Sitzung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Branchen. Er hob hervor, daß einige Betriebe nicht vertreten wären, was im Interesse der Mitglieder nicht vorkommen dürfe. Anfragen betreffs des Buchbinderstreits gaben dem Kollegen Adler Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der in letzter Versammlung einstimmig angenommene Beschluß, Abführung von 10 Proz. des Verdienstes, auch Anwendung zu finden hat auf die Kollegen, welche sich zur Zeit in Ferien befinden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Adler Bericht über die am 11. August in Weimar stattgefundenen Lohnverhandlungen. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Aussprache, welche ergab, daß die Mitglieder die Arbeit des Tarifausschusses, für die Mitglieder herauszuholen, was die Notlage erfordert, anerkannten, Andererseits wurde aber betont, daß das Ergebnis für die gegenwärtige Leuerung nicht ausreichend sei und vor allen Dingen zu spät in Kraft trete. Hauptsächlich wurde bemerkt, daß die Zulagen für die jüngere Kollegenstaffel zu niedrig seien. Auch die festgesetzten Spitzenlöhne der Hilfsarbeiter sind unhaltbar.

Leipzig. In der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 23. August gab Kollege Heße Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Er führte aus, daß bei den Verhandlungen eine gewisse Stimmung auf beiden Seiten vorhanden war; das sei auch begründet gewesen, denn die abgeschlossenen Kämpfe haben manches hinterlassen. Die Forderungen seien entsprechend den Verhältnissen eingereicht worden, leider haben auch diesmal die Unternehmer den Forderungen unserer Vertreter nicht Rechnung getragen. In der Frage der Ortsklasseneinteilung habe man ebenfalls einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Ganz besonders habe sich der Tarifausschuß für die Festlegung der Lehrlingslöhne eingesetzt, auch hier haben sich die Arbeitgeber ablehnend verhalten.

In der Diskussion wird bemängelt, daß man, abgesehen von den Zulagen überhaupt, den jugendlichen Gehilfen so wenig entgegengekommen sei. Ganz besonders wurde die Entlohnung der Lehrlinge besprochen, die noch immer mit Hungerlöhnen abgespeist werden. Im übrigen war man der Ansicht, daß man für die Folge gar keine Verhandlungen führen brauche, wenn man sich immer an die Buchdrucker anlehne. Dadurch könne viel Geld gepart werden. Allgemein ging man auf die Leuerungsverhältnisse sowie die jetzige politische Lage ein und griff den ADGB an, daß er bis jetzt für die Arbeiterklasse noch nichts getan habe. Die Arbeiterschaft müsse verlangen, daß endlich mal die Beschlüsse des Gewer-

schaftstongresses durchgeführt werden, vor allem die Erfassung der Sachwerte.

Die Versammlung erklärte, daß das Lohnabkommen bei dieser gemäßigten Leuerung gänzlich unzureichend ist. Sie nimmt es als Abschlagszahlung und fordert den Tarifausschuß auf, sofort erneut in Verhandlungen einzutreten. Vom ADGB fordert sie, daß er sofort den Kampf für die Sachwertfassung aufnimmt.

Burgen. In der am 17. August abgehaltenen Mitgliederversammlung gab zunächst der Vorsitzende den Bericht über das neue Lohnabkommen. In der Debatte wurde scharf kritisiert, daß wir hier am Orte immer 3 bis 4 Wochen mit unieren Löhnen den andern Branchen gegenüber im Rückstande sind, zumal die Hilfsarbeiter. Es wurde nicht für möglich gehalten, daß derartige Löhne verheirateten Kollegen zugemutet werden. Hier gibt es Fabriken, die diesen Lohn an Weibliche zahlen. Bei uns sind Hilfsarbeiter Menschen zweiter Klasse. Wir protestieren hiergegen und verlangen beim nächsten Abkommen gleiche Zulagen für alle. Zur Diskussion standen noch die zu zahlenden Extrabeträge. Wer diese nicht leistet, hat laut Statut keinerlei Anspruch auf Unterstüßung irgendweicher Art, denn dann werden die Restmarken sofort in Abzug gebracht. Es wurde verlangt, das Verfallrecht nachzuholen. Die Versammlung blieb im Rahmen der Sachlichkeit. Die Sache steht uns immer höher als die Person.

Kundschau.

Die Lohnbestimmung nach Verkaufspreisen. In manchen Ländern, in denen infolge der Wirtschaftskrise die Preise zurückgingen, in England, Südafrika, aber auch in den Vereinigten Staaten, versuchen die Unternehmer die Löhne entsprechend den Marktpreisen zu bestimmen. Eine alteinde Bohntafel soll in den Tarifverträgen festgesetzt werden, die jedoch nicht in erster Linie die Kosten der Lebenshaltung, sondern die Verkaufspreise der Produkte berücksichtigt. Diese Art von Lohnbestimmung war in England vor dem Kriege in Uebung, seit dem Kriege wurde sie jedoch zurückgedrängt. Nun soll sie wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Die Argumente der Unternehmer für dieses System, besonders in den Exportindustrien, sind verhänglich. Sie sagen: Wir können unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nur erreichen, wenn die Preise unserer Produkte die Weltmarktpreise nicht übersteigen. Für uns kann also nicht maßgebend sein, wie viel der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt braucht, sondern nur, wie wir die Preise herunterdrücken können. So haben sie die enormen Lohnherabsetzungen, welche über das Maß der Verbilligung des Lebens hinausgingen, gerechtfertigt, und dieses System wollen sie nun in Tarifverträgen festlegen. Gegen dieses Ansinnen des Unternehmertums richtet sich ein heftiger Widerstand der Arbeiterschaft, denen das System aufgedrängt werden soll. Der Widerstand ist begründlich und berechtigt. Die Bestimmung der Löhne nach den Verkaufspreisen würde die Arbeiterschaft jeden Einflusses auf die Lohngestaltung berauben. Außerdem: sinkende Preise bedeuten keineswegs sinkende Profite. Die Unternehmer haben von der Deflation große wirtschaftliche Vorteile. Die Lohnherabsetzungen, die von den Unternehmern mit den sinkenden Preisen begründet wurden, waren die Quellen großer Unternehmerprofite. Die Ausweisung der englischen Wirtschaftszeitung „Economist“ für das erste Halbjahr 1922 zeigen beträchtliche Profitserhöhungen sämtlicher Unternehmungen gegenüber dem vorhergehenden Halbjahr, die auf Kosten der Arbeiterschaft erzielt wurden. Die menschenwürdige Lebenshaltung der Arbeiterschaft aber muß das wichtigste Element der Produktionskosten darstellen.

Zunahme der deutschen Gewerkschaften. Die deutschen Gewerkschaften haben im zweiten Vierteljahr dieses Jahres in erfreulicher Weise an Mitgliedern zugenommen. Am Schlusse des ersten Vierteljahres hatten sie im ganzen 7 864 079 Mitglieder (davon 1 646 338 weibliche). Diese Zahlen stiegen, wie aus der regelmäßigsten vierteljährlichen Zusammenstellung der Statistischen Abteilung des ADGB, hervorgeht (Korrespondenzblatt Nr. 34), im zweiten Vierteljahr auf 7 979 238 (1 694 598). Die höchste Mitgliederzahl hatten die deutschen Gewerkschaften am Ende des zweiten Vierteljahres 1920, nämlich 8 144 981 (1 789 711). Damals war aber noch der im Laufe des vorigen Jahres aus dem ADGB ausgeschiedene Zentralverband der Angestellten mit 402 748 (186 745) Mitgliedern dabei. Zieht man dies in Betracht, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Mitgliederzahl vom zweiten Vierteljahr 1922 die höchste ist, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund je erreicht hat.

Von den 49 Verbänden, die dem ADGB angeschlossen sind, haben 9 nicht rechtzeitig berichtet. Unter diesen befinden sich auch größere Verbände, wie die der

Bekleidungsarbeiter und der Landarbeiter. In der Zusammenstellung wurden dann die letzten blauer vorliegenden Zahlen gesetzt. An der Zunahme sind folgende 25 Verbände beteiligt: Bäcker und Konditoren, Bauarbeiter, Buchbinder, Chorfänger und Ballettpersonal, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Feuerwehrmänner, Glasarbeiter, graphische Hilfsarbeiter, Holzarbeiter, Kupferknechte, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Lederarbeiter, Lithographen und Steinbrucker, Maler, Polierer, Porzellanarbeiter, Schiffszimmerer, Schuhmacher, Schweißer, Steinarbeiter, Steinseher, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Zimmerer.

Besonders stark war die Zunahme bei den Textilarbeitern (von 679 840 auf 715 645, davon 475 389 weibliche) und den Bauarbeitern (von 489 185 auf 542 035).

Bei den übrigen 15 Verbänden trat eine Abnahme ein. Es sind folgende: Asphaltierer, Bergarbeiter, Böttcher, Eisenbahner, Fleischer, Friseurgehilfen, Gärtner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Glaser, Maschinisten und Heizer, Metallarbeiter, Musiker, Schornsteinfeger, Töpfer, Transportarbeiter.

Wie man sieht, sind sowohl an der Zunahme wie an der Abnahme Berufsverbände sowie Industrieverbände beteiligt. Auf die Organisationsform ist die Abnahme also nicht zurückzuführen, sondern auf die besonderen Verhältnisse in den betreffenden Berufen. Das Wichtigste ist nun aber, für die Aufklärung der neugewonnenen Gewerkschaftsmitglieder zu sorgen.

Die Kartoffelversorgung im Winter. Wiesen Hausfrauen hat im vergangenen Winter die Heranschaffung von Kartoffeln schwere Sorgen gemacht. Insbesondere herrschte in den großen Städten während des Eisenbahnstreiks und in den Wochen danach großer Mangel, weil es im vergangenen Herbst nicht möglich gewesen war, die erforderlichen Wintervorräte in genügender Menge zu den Hauptverbrauchsgebieten heranzuschaffen. Wir wissen, daß im vorigen Herbst die Haupt Schwierigkeit nicht in der zwar nicht glänzenden, aber doch ausreichenden Kartoffelernte lag, sondern in der technischen Unmöglichkeit, die Kartoffeltransporte rechtzeitig zu bewältigen. Ohne daß man heute schon Bestimmungen fassen kann, verspricht doch die diesjährige Kartoffelernte einen zum wesentlichen günstigeren Ausfall als im vergangenen Jahre; dies fällt besonders für die Rheinprovinz und Westfalen ins Gewicht, wo im vorigen Jahre aus der britischen Erzeugung nur 5 Prozent des Kartoffelbedarfs gedeckt werden konnten. Der Antransport der übrigen 95 Prozent belastete deshalb die Eisenbahn besonders, weil er meist von Ostpreußen und Pommern her, also über außerordentlich lange Strecken, erfolgen mußte, wie ja die gesamte Bewegung nach Kartoffeltransporte von Osten und Nordosten nach Mitteldeutschland und dem Westen zu geht. Für dieses Jahr rechnet man mit einer Eigenerzeugung der Rheinprovinz von 15 Prozent, so daß nur 85 Prozent zugeführt zu werden brauchen. Der zu erwartende günstigerer Ernteausfall bedeutet also schon eine bedeutende Erleichterung der Kartoffelversorgung.

Um darüber hinaus jetzt schon den erforderlichen Kartoffeltransport im Herbst sicherzustellen, haben sich in einer Besprechung im Reichsverkehrsministerium Vertreter der beteiligten Ministerien, Konsumvereine, Gewerkschaften und landwirtschaftliche Spitzenorganisationen über die notwendigen Maßnahmen geeinigt. Der Kartoffeltransport stellt an das Reichsverkehrsministerium ungeheure Anforderungen. Die Vorräte der Bahn an Kohlen sind sehr gering; die Bahn wird im Herbst in größerem Umfang als im Vorjahre Kohlen befördern müssen. Darum sind bereits jetzt die Eisenbahndirektionen angewiesen, auf den Verladebahnhöfen die Vorarbeiten zu leisten durch Instandsetzung der Anfahrtswege und der Entladevorrichtungen. Die Kartoffelversorgung soll im Herbst unter allen Umständen durchgeführt werden unter Zurückstellung aller übrigen Transporte. Eine Verkehrsperre während dieser Zeit hofft man vermeiden zu können. Sie wäre nur eine Maßnahme der äußersten Not.

Ein Teil der Verbrauchervertreter will nach Abschluß der Lieferungsverträge mit der Landwirtschaft dem Reichsverkehrsminister einen Plan über die erforderlichen Kartoffeltransporte vorlegen. In ähnlicher Weise wird voraussichtlich auch der übrige Handel vorarbeiten. Im übrigen will das Reichsverkehrsministerium Maßnahmen gegen den wilden Handel treffen, die hoffentlich diesmal im Sinne einer Verhinderung unreeeller Preistreiberie wirksam werden. Bleiben die Ernteausichten so wie bisher, werden die getroffenen Vereinbarungen von allen Seiten innegehalten und halten sich vor allem auch die Verbraucher von überängstlichen Anfängen zurück, dann dürfte sich in diesem Jahre die Kartoffelversorgung besser und glatter abwickeln als im Vorjahre.

Für unsere Kolleginnen

Alles, was lebt, braucht Unterhalt, und dieser Unterhalt kostet etwas. Wer arbeitet, bringt durch seinen Fleiß etwas hervor, was seinem Unterhalt gleichkommt, und wofür er ihn bezahlt. So ist er keine Last für die Gesellschaft. Der Untätige hingegen verursacht eine Ausgabe, die durch nichts ersetzt wird.

Benjamin Franklin.

Kolleginnen, arbeitet mit!

Die Stellung der Frau der arbeitenden Klasse ist schon dadurch gegeben, daß sie als Angehörige dieser Klasse das größte Interesse an ihrem Aufstieg, an ihrer Befreiung vom kapitalistischen Joch haben muß. Aber die gesellschaftliche Stellung der Frau, ihre bisherige Ausschaltung von der politischen Weltbühne, ihre nur teilweise Beteiligung am Wirtschaftsleben, war nicht dazu angetan, sie zu einer aktiven Kämpferin für Forderungen, wie Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung usw. zu machen. Das hat sich erheblich geändert.

Die Entwicklung, die darauf hinausgeht, die Frau aus ihrem häuslichen Wirkungskreis immer mehr in das Getriebe der gesellschaftlichen Arbeit hineinzuziehen, hat durch den Weltkrieg und seine Folgen einen gewaltigen Sprung nach vorwärts getan. Nahe mit Beginn des kapitalistischen Zeitalters, mit Einführung der Maschinen die Frauenerwerbsarbeit, wie selber auch die Kinderarbeit, in großem Umfang zu, so wurde doch mit der allmählichen Besserstellung der Arbeiterklasse die Erwerbsarbeit der Frau meist nur als Ausnahme oder als Uebergangszustand betrachtet, dem in den meisten Fällen die Ehe folgte. Als aber der Weltkrieg die Kräfte der Männer aus dem Produktionsprozeß herauszog, änderte sich das Bild wesentlich. Wir kennen die Entwicklung der Kriegsjahre, wir wissen, wie die Frauen der Krieger, durch geringe Kriegsunterstützung in Not gebracht, gezwungen waren, sich der Erwerbsarbeit, die damals fast nur Munitionsherstellung bedeutete, zu widmen. Wir wissen auch, daß, wo die Frau nicht dazu trieb, der Staat einen moralischen Druck ausübte, oder die immerhin hoch erscheinenden Löhne den Anreiz dazu gaben. Es ist logisch, daß von diesen vielen damals in den Produktionsprozeß gedrängten Frauen nicht alle wieder in das Haus zurückkehrten. Galt es teils, den gefallenen Ernährer der Familie für immer zu ersetzen, so verringerte ferner der Verlust vieler Tausender heiratsfähiger Männer und das allgemeine Elend die Ehemöglichkeiten, wie überhaupt die Not, in die das Proletariat und der Mittelstand geraten sind, in immer steigendem Maße die Erwerbsarbeit der Frauen bedingt.

Indem die Frauen in den Produktionsprozeß eintreten, sind sie auch gezwungen, den Kampf mit den Besitzern der Produktionsmittel aufzunehmen. Ist auch mit dem 9. November 1918 der Achtstundentag Gesetz geworden, so ist er doch, abgesehen davon, daß noch immer die Gefahr seiner Beseitigung besteht, für viele beruflich tätige Frauen illusorisch. In der Hauptsache, weil sie noch gleichzeitig als Hausfrauen im Haushalt ihr Arbeitspensum zu erledigen haben, das ihnen die Gesellschaft bisher in keiner Weise verringerte. Die Frauen, gewerkschaftlich meistens noch ungeschult, sich des Wertes ihrer Arbeitskraft nicht bewußt, arbeiten in den meisten Fällen unter Bedingungen, die ihnen nicht das Notwendige für den Lebensunterhalt gewähren. So ist für die Arbeiterin der achtstündige Arbeitstag in den meisten Fällen noch nicht erreicht, ihre gewerkschaftliche Unbildung macht sie zu einem günstigen Ausbeutungsobjekt für den Unternehmer. Aus diesem Grunde muß uns Frauen das Gelöbnis verbinden, unermüdet und eifrig an uns und unsern Mitgeschwestern zu arbeiten, damit wir erkennen, welche Pflichten wir als Angehörige der arbeitenden Klasse zu erfüllen, welche Kämpfe wir als produktiv tätige Glieder der Gesellschaft zu führen haben.

Wenn wir Frauen so den Kampf um die wirtschaftliche Gleichberechtigung bewußt durchführen, helfen wir gleichzeitig mit, die Basis für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft erweitern. Neben die zum Teil erreichten Ziele sind andre, wie: Soziali-

sierung der Produktionsmittel usw., in greifbare Nähe gerückt, deren Verwirklichung die Arbeiterklasse ihrem Endkampf immer näher führt. Und wir wissen: Unfern spezieller Fraueninteressen wird erst dann voll Genüge getan, wenn die Arbeiterklasse im Besitz der politischen und wirtschaftlichen Macht ist. Nur im Kampfe um dieses Ziel können wir nach und nach unsere Forderungen, vollständige Gleichberechtigung der Frau im politischen und wirtschaftlichen Leben, Reform des Errechts, Ausbau der Mutterschutzfürsorge, staatliche Hilfe bei der Kindererziehung, Entlastung der Hausfrau von Arbeiten, die gesellschaftlich besser erledigt werden können, erreichen. Mit der Erfüllung dieser gestellten Aufgaben schaffen wir die Vorbedingungen für ein andres, besseres, den gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßtes Dasein der Frau.

Die heutige Zwittersstellung, in der sich die Frau noch befindet, ist die Quelle vieler Leiden, die beseitigt werden muß. Die Ehe bürdet der Hausfrau eine Menge unproduktiver Arbeiten auf, gewährt ihr aber in den seltensten Fällen eine ausreichende Existenz, während auf der andern Seite die Frau als nur Berufstätige keine Möglichkeit hat, sich ihrem natürlichen Beruf der Mutterschaft zu widmen. Die industrielle Entwicklung macht die Teilnahme der Frau am Produktionsprozeß zur gebieterischen Notwendigkeit. Andererseits nimmt die technische Entwicklung der Hausfrau immer mehr Arbeiten ab. Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert ferner, daß die Kindererziehung eine Neuregelung erfährt. Aus all dem muß die Gesellschaft die nötigen Konsequenzen ziehen und der Frau die Möglichkeit geben, auf arderer Grundlage volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu erreichen.

Wir haben bisher gesehen, daß die bürgerliche Gesellschaft sich keine Mühe gibt, diesen Erfordernissen der Zeit zu entsprechen, daß von der bürgerlichen Gesellschaft wir Frauen keine Verbesserung unserer Lage erwarten können. Die Arbeiterklasse dagegen hat die Befreiung der Frau auf ihr Banner geschrieben, und wo immer im Parlament für die Rechte der Frauen gekämpft wurde, erhoben deren Vertreter ihre Stimme. Aus all diesen Gründen und nicht zuletzt, weil wir die Bevölkerverbrüderung als Frau und Mutter von ganzem Herzen wünschen, muß sich jede Frau und jedes Mädchen den Arbeiterorganisationen anschließen, muß sich politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisieren und in diesen Organisationen mit tätig sein. (Nach einer Abhandlung von Anna Blos.)

Ein neues Recht unsern Kolleginnen!

Was soll bloß werden, wenn ich alt und arbeitsunfähig geworden bin? So wird sich manche Kollegin schon oft verzweifelt gefragt haben. Nun, der Verbandstag in Kassel hat einem lange gehegten Wunsche der weiblichen Mitgliedsler Rechnung getragen und die Möglichkeit geschaffen, daß auch wir Frauen an der Invalidenunterstützung teilhaben können. Zeitgemäßer konnte dieser Beschluß gar nicht kommen. Denn wenn etwas in der Welt geeignet gewesen wäre, den Kolleginnen zu beweisen, welche Notwendigkeit diese Einrichtung unseres Verbandes ist, dann unsere gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

War früher noch bei vielen der Glaube vorherrschend, durch Sparsamkeit und Entbehrung mancher Art sich für das Alter einen Notgroschen zurücklegen zu können und zu müssen, so hat ihnen die in den letzten Jahren einsetzende Geldentwertung gezeigt, was all ihre Sparsamkeit, ihr Entsagen mancher Daseinsfreude ihnen nun am Ende eingebracht hat. Die Summe, woran sie ein halbes Leben lang gespart haben, reicht jetzt kaum aus, um sich ein paar Stiefeln zu kaufen.

Darum ist es besonders zu begrüßen, daß der Verbandstag beschlossen hat, auch den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich für ihr Alter eine kleine Unterstützung zu sichern. Die Invalidenunterstützung ist, wie ihr Name ja schon besagt, dazu bestimmt, für das arbeitsunfähige Alter zu sorgen.

Sagt nicht: ich brauche mich nicht zu vererben, denn ich verheirate mich ja und dann habe ich einen Mann, der für mich sorgt. Liebe Kollegin, so hat schon manche gedacht, und bei den meisten ist es anders gekommen.

Oder denke nicht: dazu bin ich noch zu jung, das hat noch Zeit, wenn ich älter werde. Nein, weil du noch jung bist, teiste Beiträge zur Invalidenunterstützung, denn dann kommt du um so früher in den Genuß einer höheren Stufe.

Und ihr älteren Kolleginnen, die ihr der feste Halt unserer Organisation gewesen seid, sagt nicht: für uns ist es zu spät. Gerade für euch haben wir auf dem Verbandstag für die Einführung der Invalidenunterstützung gekämpft. Auch ihr, die ihr der Organisation jahrzehntelange Treue gehalten habt, sollt von der Unterstützung nicht ausgeschlossen sein. Ihr könnt versichert sein, daß die Uebergangsbestimmungen vom Verbandsvorstand in lokalfarer Weise gleich wie feinerzeit bei den Kollegen geregelt werden.

An uns, Kolleginnen, selbst liegt es nun, diese Einrichtung für uns nutzbar zu machen. Mögen alle Kolleginnen der 3. und 4. Beitragsklasse — die berechtigt sind, zur Invalidenunterstützung zu steuern — die eine Mark wöchentlich, die als Invalidenbeitrag extra erhoben wird, nicht scheuen und alle restlos der Versicherung beitreten. Hier ist die beste Sparkasse. Hier wird euer Geld nicht entwertet. Hier garantiert euch die gesamte Kollegenschaft, daß ihr, wenn ihr allen Pflichten redlich nachgekommen seid, auch eure Rechte ungeschmälert erhalten werdet. Darum kann ich allen Frauen und Mädchen als Frau und Kollegin nur raten: Macht Gebrauch vom neuen Recht, das Euch gegeben ist, — leistet Beiträge zur Invalidenunterstützung!
Wanna Schreihart.

Mehr Vertretung der Kolleginnen!

Zu diesem Artikel in Nr. 33 der B.Z. möchte ich bemerken, daß auch ich den Ausführungen der Kollegin St. zustimme, nur will ich darauf hinweisen, daß die Kolleginnen ihr Wissen auch ohne Hilfe der Kollegen ganz gut erweitern könnten. Die Kolleginnen müssen versuchen, auf eigenen Füßen zu stehen. Vor allen Dingen können wir uns durch Lesen guter Bücher bilden, denn es heißt: „Sage mir, was du liest, und ich sage dir, was du bist.“ Aber wie steht es damit unter den Kolleginnen aus! Was für Schand wird gelesen, und wie viele lesen noch die „Morgenpost“. Mit dieser Literatur werden die betreffenden Arbeiterinnen bestimmt ihr Wissen nicht bereichern. Verschiedene der Kolleginnen sind sogar noch in bürgerlichen Sportvereinen oder sie besuchen die Veranstaltungen derselben, ohne zu bedenken, daß jene Leute unsere schlimmsten Feinde sind und sie dadurch das feindliche Lager stärken. Ebenso ist es bei der Unterhaltung. Was für wertloses Zeug wird den Tag über zusammengesudelt, was es sich gar nicht lohnt, bewegen den Mund aufzutun. Ferner ist es sehr zu bemängeln, daß Kartenlegerinnen, Heilseherinnen usw. von unseren Kolleginnen aufgesucht werden. Dies Beginnen gehört ins schwarze Mittelalter und ist einer organisierten Kollegin durchaus unwürdig. Darum rufe ich alle verständigen Kolleginnen auf zur Mitarbeit, diese Uebelstände aus den Kreisen unserer Kolleginnen auszumerzen und alle Kräfte für den Ausbau unserer Organisation und zur Aufklärung der Kolleginnen zu verwenden, um auf diese Weise unsere Besserstellung herbeizuführen. Wir können auch so durch diese wertvolle Kleinarbeit in den Werkstätten unserer wirklich tüchtigen Kolleginnen, die in den Kommissionen für uns schaffen, ihre schwere Arbeit erleichtern, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.
M.

Die Republik.

Sie ist ein schwaches Ding: die Republik!
Sie ist ein furchtbar Kind: die Republik!
Wir müssen sie erziehen: die Republik!
Wir müssen sie schützen: die Republik!

Wie die Mörder mit Raubpfeifen schleichen,
Wie ihre Zungen lästern die Lippen streichen!
Wie die Mörder äugeln und lügen,
Wie sie falsch schwören: versprechend betrügen!

Hört ihr nicht, wie Waffen sie wehen?
Morgen werden die alle Gesetze verletzen!
Sind wir Weiber? Sind wir blud?
Männer, schlägt sie: die Republik!

Das schwache, das furchtame Kind!
Mag Dorta.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 28. August bei der Verbandskasse ein von: Acherleben 56 031.— Mt., Neuruppin 2650.— Mt., Gau Hannover 26 000.— Mt., Krefeld 20 372.— Mt., Sieben-Wehr 2013,40 Mt., Gau Thüringen 11 166.— Mt., Roda 573,20 Mt., Schmalkalden 1675,30 Mt., Sebnitz 3 973.— Mt., Zwickau 7000.— Mt., Gau Südbayern 13 000.— Mt., München 142 671,50 Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von: Danzig, Neudamm, Tilsit, Schwerin, Torgau, Duisburg-Ruhrort, Sterlöh, Wülheim, Bonn, Hanau, Kaiserslautern, Mainz, Mannheim-Ludwigs-hafen, Saarlouis, Erfurt, Otha, Halle a. S., Jümenau, Jena, Merseburg, Nordhausen, Weissenfels, Reichenau, Freiburg i. Br., Göttingen. Fr. Bender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Dessau. B: A. Neuhaus, Ziebigk b. Dessau, Ellsabethstr. 12; K: Fr. Reifegerste, Amalienstr. 66. Reichelmbotanden. B: S. Christ, Dannenseifer Straße 17; K: A. Dohn, Brettestraße.

Literarisches.

„Verfassung und Verwaltung“, Erläuterungen zum Göttinger Programm von Dr. Ed. David. J. H. W. Dieß Nachf. und Buchhandlung Vorwärts Berlin. Preis 4 Mt. David zeichnet in seinen Erläuterungen zum Göttinger Programm mit festen Strichen die Entstehung und den Untergang Preußen-Deutschlands und legt dann kurz den oberrheinischen Charakter dieses Reiches dar, das sein eigentliches Gepräge von dem jüngerlichen Preußen erhielt. An die Stelle des autoritären monarchistischen Staats ist ein Volksstaat gleichberechtigter, sozial ebenbürtiger Menschen getreten, an die Stelle des schwerfälligen bundesstaatlichen Reichs ein organisch geschlossener Einheitsstaat. Der vollendete deutsche Volksstaat wird nach David nicht eine von oben schablonisierte, sondern eine sich von unten aufbauende, dem Willen der einzelnen Teile Rechnung tragende Staatseinheit sein. Die soziale Demokratie des neuen deutschen Volksstaates fundamntiert David auf einer höheren sozialen

Ethik. Diese Demokratie wertet ihre Mitglieder nicht nach dem alten Maßstab der Geburt, des Standes oder des Reichthums, sondern einzig und allein nach ihren Leistungen. Das Grundgesetz der neuen Ethik verpflichtet jeden, das, was er von der Gesellschaft erhält, nach bestem Können und in noch größerem Maße zurückzugeben. Jeder muß aus Pflichtgefühl sein Bestes leisten. „Sich nichts schenken lassen von der

Gesellschaft, sondern ihr mehr zu geben als man empfängt, das ist sein Stolz.“ Mit dieser sich allseitig auswirkenden Bestimmung will David eine höhere zweckmäßigere Staatsordnung schaffen. Die Festsche, Russische Hilfskräfte an das Weltgewissen, herausgegeben von Paul Kampffmeyer, Verlag J. H. W. Dieß Nachf. und Buchhandlung Vorwärts. Preis 35 Mt.

Sterbetafel.

- Im August sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden: Berlin. Emil Fischer, Buchbinder, 58 Jahre, Magenkrebs. — Berta Ernst, Buchbindereiarbeiterin, 48 Jahre, Lungenleiden. — Maria Wandlowsky, Trägerin, 55 Jahre, Lungenleiden. — Klara Weber, Kartonnagenarbeiterin, 25 Jahre, Nervenleiden. ... (List continues with names and details of deaths from various cities like Berlin, Dresden, Glaucha, Grimma, Hannover, Köln, Cöln, etc.)

Allen ein ehrendes Andenken!

Zentral-Kranken- und Begräbnisstaffe

für Frauen und Mädchen Deutschlands. (Zuschussstaffe) Stg Offenbach a. M., gegr. 1884. Frauen und Mädchen aller Stände können sich gegen Krankheit und Sterbefall versichern. Die Aufnahme kann ohne ärztliche Untersuchung erfolgen. Das Eintrittsgeld beträgt im Alter von 14-16 Jahren 1,50 Mt., von 16-45 Jahren 2,50 Mt. ... (Details of membership and benefits)

Etuismacher sucht in dauernde Beschäftigung E. Bender Berlin, Fischerstraße 10

LEIM Leder-, Knochen-, Mischleim Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein MarcusLissauer, Hamburg 1 Abt. Leimindustrie — Mönckebergstr. 5.

Hefdraht wöchentlich 8 bis 500 Kilo in blank, vergilbt oder vergilbt lieferbar. Robert Haensch, Berlin NW 35, Kirchstraße 23.

MEGO Trocken-Kleber, kaltwasserlöslich, ferner Kleistermehl für alle Buchbinderarbeiten

Mechler & Co., G. m. b. H. Abt. Chem. Fabrik Mannheim — Industriehafen. Bei Anfragen Verwendungszweck angeben.

Gesucht per sofort: 1 Streifziehmaschine geeignet für Ankleimen von Kartonnagen und Zusammenkleimen von Furnieren. Gest. Angebote unter A. W. 214 an Adolph Voegel, Annoncen-Expedition, Altona a. d. Elbe.

Etuisstichler für Silbereinrichtungen und Vesteletuis. Herm. Rodmann Hannover, Auf der Tante 3.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge Gewerkschafts-Genossenschaft. Versicherungs-Aktiengesellschaft. Hamburg 5.

Kaufe sofort mehrere 100 kg hellgelb. grauen Maschinentarlon ca. 70x100 cm 130er bis 90er Stärke. Offert unter J. 726 an Ala, Haalenstein & Vogler Dresden

Grüne u. blaue Buchbinderschürzen in Buchbinderkreisen seit Jahr. anerkannte Qualität liefert m. Band oder feste Gr 80/100 80/110, 80/120 sowie Arbeitsjacken- und Händel in schwarzweilert. (hell braun) und Indigoblau zum jeweiligen Tagespreis allerbüchert. A. C. Volz Fabrikation u. Vertriebsabteilung. Stuttgart, Wollstraße 77 Tel. 2355. N. B.: Tägl. zahlreiche Anfertigungen für u. m. Buchbinderei

Plattgold besonders ausgewähltes Schmiltgold fertig seit 1870 E. Rühmy Goldschmied Augsburg 04

Suche für Dauerstellung Materialzuschneider, Deckenmacher, Pappenschneider, Schnellpresser für Böhm. Mädchen für Aufschmermaschine. Es kommen nur vollkommen geübte Arbeitskräfte in Betracht. Großbuchbinder Th. Kraus Leipzig, Buchenweg 3.

Etuisarbeiter für Vesteletuis sucht per sofort für dauernd. W. Hinke, Etuisfabrik Berlin SW 68, Holmannstr. 10

Tüchtiger Goldschneidmacher für dauernde Beschäftigung und sofortigen Eintritt gesucht. Stunden- oder Allortlohn nach Tarif. Buch- und Kunstverlag Carl Hirsch, H.-G., Konstanz (Baden)

Tüchtiger Sticker für Extra- und Schulmaturen auf Bill-Radlinien gesucht. Angeb. m. Lohnforderungen, Zeugnisabschriften u. Mustern an J. Canss Buchdruckerei, Karsstraße 1. D., Badstr. 13.